

# BLICKPUNKT BUNDESTAG

[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)



DEUTSCHER BUNDESTAG

Juli 6/2006  
2,00 Euro  
ISSN 14359146  
G10624

Wissenschaftliche Dienste für Abgeordnete

## Denkfabrik des Parlaments



Im Heft: Jugendmagazin GLASKLAR 04  
Berichten – der Bundestag und die Medien

E=MC<sup>25</sup>

# Wissen kennt keine Grenzen

## Die MC Academy – in allen 25 Mitgliedsstaaten der EU

Die MC Academy ist das erste europaweite Fort- und Weiterbildungsprogramm eines integrierten Kommunikationsnetzwerks. Für Azubis und Geschäftsführer. Für Berater und Kreative. Für Mitarbeiter und Kunden. Vom Strategic Planning über Controlling bis zum integrierten Kampagnenmanagement:

Das umfangreiche Programm der MC Academy bietet eine Fülle an Weiterbildungsmöglichkeiten für alle. Europaweit versteht sich. Denn Wissen kennt keine Grenzen. Mehr Informationen zu MEDIA CONSULTA und zur MC Academy erhalten Sie unter: [www.media-consulta.com](http://www.media-consulta.com)



## INHALT

### Begegnungen

2 Stars und etwas Fußball

### Titel

4 Denkfabrik des Parlaments  
Wissenschaftliche Dienste für Abgeordnete

### Inkognito

10 Schreckliche Lehre der Diktatur

### Hintergrund

11 Strukturen für geänderte Aufgaben  
Organisationsreform des Bundestages

### Tagesläufe

14 Ein guter Anfang ist gemacht  
Abgeordnete vor der Sommerpause

### Menschen

19 Der Zukunft entgegen  
IPP-Stipendiaten

### Details

22 Kleine Refugien

### Debatte

24 Feinjustierung oder Generalrevision  
Forum: Zwischenbilanz Hartz IV  
30 Notwendige Rosskur oder falsche Therapie?  
Streitgespräch: Steuern und Finanzen

### Essay

33 Eugen Gerstenmaier und der Widerstand  
von Peter Steinbach

### Panorama

34 Drei Fragen  
Christian Ahrendt, FDP  
34 Buchtipp  
Hans-Kurt Hill, Die Linke.  
35 Künstler und ihre Werke im Bundestag  
Report: Fotoausstellung im Kunst-Raum  
56 Warum befassen Sie sich mit Schulbüchern,  
Frau Griefahn?  
Experten: Monika Griefahn, SPD



Dieser Ausgabe von BLICKPUNKT BUNDESTAG liegt das Jugendmagazin GLASKLAR bei:

**GLASKLAR 04 – Berichten**  
Der Bundestag  
und die Medien

Titel: Die Bibliothek des Bundestages  
im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.

## EDITORIAL



Stefan Thomas.

### Liebe Leserin, lieber Leser,

der Deutsche Bundestag beherbergt nicht die größte Bibliothek der Welt, dieser Superlativ gebührt einem anderen Parlament, dem amerikanischen Kongress, aber als Nummer drei steht, um in der zurzeit dominierenden Sportterminologie zu bleiben, das deutsche Parlament immerhin hinter Japan noch auf dem Treppchen der größten Parlamentsbibliotheken der Welt.

Die Bibliothek ist aber nicht unmittelbar ein Teil der *Wissenschaftlichen Dienste*, die sich mit ihren elf Fachbereichen aller relevanten Themen annehmen, sondern stellt einen großen Fundus für die Recherchen der Mitarbeiter zur Verfügung. **Denkfabrik des Parlaments** haben wir diesen Beitrag überschrieben.

Der Sommer steht nicht mehr vor der Tür – wir sind wettermäßig bereits mittendrin. Dennoch beginnen die Sommerferien für die meisten Bundesländer erst im Juli, so auch für die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Wir haben dies zum Anlass genommen, „neue“ Abgeordnete nach ihren ersten Erfahrungen im Parlament zu befragen.

Die aktuelle politische Diskussion um **Hartz IV** hat BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Anlass genommen, eine Zwischenbilanz dieser bisher größten Sozialreform zu ziehen. Wie zu erwarten, fallen die Meinungen sehr unterschiedlich aus. Die Koalition steht vor einem Spagat – einerseits muss sich Beschäftigung lohnen, andererseits muss für Erwerbslose eine menschenwürdige Existenz gesichert sein.

Liebe Leserinnen und Leser, einen erholsamen Sommer wünscht Ihnen

*Stefan Thomas*



## DIE ILLUMINATION

des Reichstagsgebäudes zur Fußball-Weltmeisterschaft war keine gewöhnliche Außenbeleuchtung. „Uns ging es darum, einen Leuchtdialog mit dem Gebäude herzustellen“, so der für die Installation verantwortliche künstlerische Leiter Michael Bak. Ziel war die differenzierte Darstellung der Themen der Fassade und ihrer architektonischen Sprache. Die 650 Leuchten sollten, erklärt Bak, das Gebäude nicht mit einer „Lichthaut“ zudecken, sondern genau jene Schwelle erreichen, die es „von innen leuchten lässt“. Die Aktion wurde von der Stiftung „Lebendige Stadt“ finanziert, wobei durch die kontrollierte Lichtführung mit den durchschnittlich 9,4 Watt starken Leuchten der Energiepreis nur bei 1,90 Euro pro Stunde lag.



### Begegnungen im Parlamentsviertel

# STARS UND ETWAS FUSSBALL

#### Nachwuchstalente

Vieles drehte sich im Parlamentsviertel in den letzten Wochen um den Fußball. Aber nicht alles. Wenn zum Beispiel **Ursula Heinen** im Tunnel zwischen Reichstagsgebäude und Paul-Löbe-Haus von Kolleginnen und Kollegen angesprochen wird, dann geht es nicht um Ballack oder Ronaldinho, sondern um einen für sie viel wichtigeren Star. Die Vorsitzende der Frauengruppe der CDU/CSU-Fraktion hat nämlich Familienpolitik für sich ganz persönlich umgesetzt. Das Ergebnis ist Töchterchen Anna, über das Ursula Heinen „sehr glücklich“ ist. Zumal sie nach eigenen Worten zu den „klassischen Fällen“ gehört, zu den vielen Akademikerinnen, die sich erst relativ spät fürs Kind entscheiden. Das geplante Elterngeld könnte sie allerdings nicht in Anspruch nehmen, auch wenn es bereits in Kraft wäre. „Als Abgeordnete kann man nicht einfach ein Jahr aussteigen.“ Deshalb bleibt Anna zu Hause in Köln, tagsüber in der Obhut einer Erzieherin, in den restlichen Stunden sorgt der Papa für die Kleine.

#### Zwischenbilanz mit 79

Auch beim Empfang für Otto auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude

sind keine Fußballstars anzutreffen, sondern Prominente aus Diplomatie und Politik. Geehrt wird nicht etwa Erfolgstrainer Otto Rehhagel, sondern **Otto Graf Lambsdorff**, der jetzt sein Amt bei der Friedrich-Naumann-Stiftung aufgegeben hat. „Auf Otto konnte man sich immer verlassen“, schwärmt der ehemalige US-Außenminister **Henry Kissinger**, der extra zu diesem Anlass nach Deutschland gekommen ist. Über sich selbst sagt er, er spreche „am ersten Tag so Deutsch, dass es erst am nächsten Tag ankommt“.

Auch die früheren FDP-Vorsitzenden **Hans-Dietrich Genscher** und **Wolfgang Gerhardt**, der Lambsdorff bei der Naumann-Stiftung folgt, geben dem 79-jährigen die Ehre. Der jetzige FDP-Chef **Guido Westerwelle** lobt Lambsdorff als „Persönlichkeit, die Geschichte geschrieben hat“. Lambsdorff selbst gibt sich gewohnt kurz und schlagfertig. Seine Antwort auf die Elogen: „Schön, dass Sie eine Zwischen- und keine Schlussbilanz ziehen.“



„Große Kniende“ von Lehmbruck.

#### Hoch im Westen

Fünf Stars einer ganz anderen Machart sind in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung anzutreffen. Sie sind überlebensgroß, tragen Namen wie „Große Sinnende“ oder „Der Gestürzte“, wurden vom Bildhauer Wilhelm Lehmbruck geschaffen und für einige Wochen aus dem Duisburger Lehmbruck-Museum ausgeliehen. **Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff**, Chef der

Staatskanzlei NRW, weist darauf hin, dass Nordrhein-Westfalen „eine der dichtesten und reichhaltigsten Kulturlandschaften der Welt“ bilde, in der nicht das Erbe von Fürsten, sondern das von Bürgerinnen und Bürgern zusammengetragen worden sei. Duisburgs Oberbürgermeister **Adolf Sauerland** würdigt Lehmbruck – neben Gerhard Mercator – als „wichtigsten Sohn“ der Stadt. **Petra Weis**, Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete, schwärmt von dem Lehmbruck-Museum. Sie liebe die bildende Kunst von Kindesbeinen an und sei auch Mitglied im Freundeskreis der Stiftung.

„Es geht auch darum, das Ruhrgebiet als Kulturlandschaft noch bekannter zu machen.“

#### Alte Haudegen

Und noch ein Abend ohne Fußball. Auch ohne Stars? Journalisten drängen sich ja normalerweise nicht in den Mittelpunkt, sondern geben sich als Beobachter und Zaungäste. Beim Fest zum 35. „Dienstjubiläum“ der „Gelben Karte“, des ältesten und renommiertesten journalistischen Hintergrundkreises in Berlin, ist es in der Bremer Landesvertretung einmal umgekehrt. Die Journalisten werden gefeiert, und Politiker sowie aktuelle und ehemalige Regierungssprecher gratulieren. So **Klaus Bölling**, der sich über die Bildung manch jüngerer Journalisten Sorgen macht. „Wenn jemand bei der SPD-Pressestelle um ein Interview mit Herbert Wehner bittet, als Antwort bekommt, der sei gerade mit Franz Josef Strauß im Gespräch, und dann immer noch nicht stutzig wird“, dann müsse man sich schon Gedanken machen.

#### Die Lichtgestalt

Wo bleibt denn nun das Thema Nummer eins? Den Fußball kann man in diesen Wochen im Parlamentsviertel nicht umdribbeln. Direkt vor dem Bundestag lockt ein Nachbau des Berliner Olympiastadions die Fans, die politisch Interessierten unter ihnen können sich in der „Bundestagsarena“ über das Parlament informieren, und



Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse mit „Kaiser“ Franz Beckenbauer.

am Brandenburger Tor lädt der Fußball-Globus ein. Und der Kaiser ist natürlich auch zur Stelle. Zur Eröffnung der Ausstellung „Kunst und Fußball“ enthüllt **Franz Beckenbauer** im Kunst-Raum des Bundestages ein Porträt seiner selbst. Als ihn ein Journalist fragt, ob er sich auf dem Bild wiedererkenne, meint er: „Es ist ganz gelungen, muss aber schon älter sein. Denn darauf hab ich ja noch dunkle Haare.“ Vizepräsident **Wolfgang Thierse** hingegen meint, ein Porträt vom Franz sei gar nicht nötig gewesen. „Schließlich kennen wir ihn doch alle.“ Das gilt natürlich auch für **Detlef Parr**, der einen Fußball bei sich hat, auf dem er Autogramme von Prominenten aus Fußball und Politik sammelt. Beckenbauer hat sich darauf schon verewigt. Das trifft sich gut für den FDP-Abgeordneten. Denn ehe der Kaiser eintrifft, wird Parr zur namentlichen Abstimmung ins Plenum gerufen.

Klaus Lantermann

#### VERANSTALTUNGSTIPP:

### „Der Deutsche Bundestag: WIE WIR IHN SEHEN“

Ausstellung mit Fotografien der Stipendiaten des IPP-Programms 2006

Der Deutsche Bundestag bietet seit 20 Jahren das Internationale Parlaments-Praktikum (IPP) an. In Zusammenarbeit mit den Berliner Universitäten haben jedes Jahr etwa 100 junge Menschen aus nunmehr 21 Ländern die Gelegenheit, fünf Monate lang die Parlamentsarbeit kennen zu lernen (siehe Beitrag auf Seite 19). Erstmals im Jahr 2005 haben die Stipendiaten den Wunsch geäußert, ihre fotografischen Eindrücke in einer Ausstellung zu zeigen. Die Fotografien bieten unter dem diesjährigen Motto „Der Deutsche Bundestag: WIE WIR IHN SEHEN“ einen erfrischend unbekümmerten Blick auf die Arbeit des Parlaments.



Die Ausstellung ist vom 10. Juli bis 25. August im Westfoyer des Paul-Löbe-Hauses zu sehen. Öffnungszeiten: Montag 8 bis 16 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr, Freitag 8 bis 14 Uhr. Der Eintritt ist frei und ohne Voranmeldung möglich. Der Personalausweis ist an der Pforte des Paul-Löbe-Hauses vorzulegen. Informationen: (0 30) 2 27-3 21 43



## TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

### 2. Juni bis 27. August

Willy-Brandt-Haus  
Stresemannstraße 28  
**10 Jahre Sammlung im Willy-Brandt-Haus**  
130 Arbeiten der „Sammlung des Willy-Brandt-Hauses“ aus der Zeit von 1896 bis 2006: Klassische Moderne, staatsferne Kunst in der DDR, zeitgenössische Kunst und Politikerporträts.  
Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr  
Eintritt frei, Ausweis erforderlich

### 23. Juni bis 6. August

Willy-Brandt-Haus  
Stresemannstraße 28  
**Faszination Fußball – Fotografien aus der Frühzeit des Spiels 1900 – 1940**  
Sonderprojekt des Fußball-Globus FIFA WM 2006  
Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr  
Eintritt frei, Ausweis erforderlich

### 12. Juli, 18 Uhr

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Tiergartenstraße 35  
**Anstoß für die Demokratie – Weltsprache Fußball**  
Nach der WM ist vor der WM  
Diskussion mit **Walther Tröger**, Ehrenpräsident des NOK für Deutschland, und **Alfred Rosen**, Berater des Organisationskomitees Südafrika WM 2010.  
Moderation: **Alfred Eichhorn**, RBB

### 14. Juli bis 3. September

Kunst-Raum des Deutschen Bundestages  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Spreepromenade  
**Künstler und ihre Werke in den Bauten des Deutschen Bundestages**  
Fotografien von **Jens Liebchen**  
Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr  
Eintritt frei

### 10. August, 19 Uhr

Landesvertretung Sachsen-Anhalt  
Luisenstraße 18  
**Geteilte Ansichten.**  
Die Erinnerung an Mauer, Zaun und Stacheldraht in Deutschland  
Vorstellung des Buches von **Maren Ullrich** in der Reihe Deutsch/Deutsche Geschichte aus Anlass des 45. Jahrestages des Mauerbaus.  
Kooperationsveranstaltung der Landesvertretung Sachsen-Anhalt mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Aufbau-Verlag  
Einlass nur auf Einladung

In dieser Fabrik zischt und knallt nichts. Leise summen die Computer, schnarren die Telefone, rattern die Faxgeräte. Denn nicht Lautstärke markiert die Arbeit in der Denkfabrik des Deutschen Bundestages, sondern inhaltliche Stärke. In einer immer komplizierter werdenden Welt gilt die über 400 Jahre alte Erkenntnis des englischen Staatsmannes Francis Bacon mit jedem Tag mehr: Wissen ist Macht. Deshalb sind die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, die parlamentseigene Denkfabrik, zwar ein wenig bekannter, aber nicht zu unterschätzender Faktor für die Wirkung und für die Qualität der Abgeordnetenarbeit.



Wissenschaftliche Dienste für Abgeordnete

# Denkfabrik des Parlaments



Wissenschaftliche Dienste, oder kurz: WD, heißt diese Denkfabrik. Sie steht jedem Abgeordneten zur Verfügung. Und sie wird lebhaft genutzt, weil sie unabhängig und objektiv arbeitet. „Eines der Glanzlichter des Bundestages“, nennt sie der CDU/CSU-Abgeordnete Willy Wimmer, der die WD seit fast 30 Jahren nutzt. „Es reicht nicht, bei Google ein wenig zu recherchieren, wenn ich für meine Arbeit belastbare Informationen brauche“, erläutert der SPD-Abgeordnete Lothar Binding. Da seien ihm die WD „schon sehr oft sehr hilfreich gewesen – auch wenn es mal schnell gehen musste“.

Die Ansprüche an die WD-Gutachter sind so vielfältig wie das Leben. Manchmal reichen zwei bis drei Telefonate, um eine der mehreren tausend Anfragen pro Wahlperiode zu beantworten. Manchmal sitzen die Gutachter auch zwei bis drei Tage an einer Ausarbeitung oder auch schon zwei bis drei Wochen. Aber die daraus resultierenden Schriften über 20 bis 30 Seiten sind nicht die Regel. Denn der Trend geht eindeutig zur schnell verwertbaren Information: Dass der Abgeordnete auf ein bis drei Seiten schnell erfassen kann, wie der aktuelle Sachstand ist, wo die Probleme lauern und welche Lösungen die Experten vorschlagen.

Genau das ist der Anspruch an die Arbeit der Wissenschaftlichen Dienste: Komplexe Zusammenhänge knapp und präzise darzustellen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Parlamentsarbeit. Nicht etwa eigene Forschung, sondern wissenschaftliche Politikberatung heißt der Auftrag. Sie bilden so ein Gegengewicht zum ministeriellen Expertenapparat der Regierung, gewährleisten unabhängige Zuarbeit für die Parlamentarier und tragen so zur effektiven Regierungskontrolle bei.

Der Strom der Anfragen läuft unabhängig vom Sitzungsrhythmus des Parlaments. Denn Fragen entstehen bei den Abgeordneten überall, nicht nur bei der Vorbereitung von Initiativen in den Fachgremien der Fraktionen oder

Ausschüssen, sondern auch in den Wahlkreisen. So braucht der eine ganz schnell Hintergründe über Brauchtumsfeuer, weil sich hier plötzlich erhebliche Umweltgefahren auftun, ein anderer benötigt Informationen zur Jugendweihe, weil er zu diesem für ihn fremden Ereignis eingeladen wurde. Und es kann auch passieren, dass am Heiligabend zwischen elf und 14 Uhr noch rasch eine Ausarbeitung über Hochsicherheitslaboratorien angefragt wird.

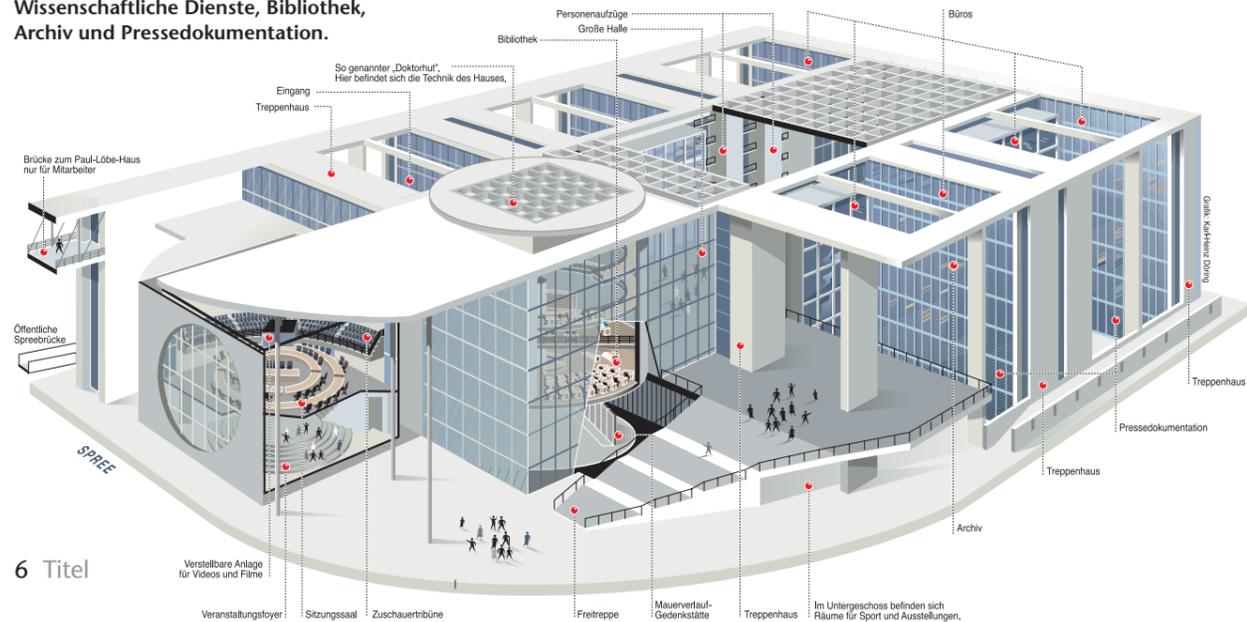
**Anfrage vom Minister**

Papiere, die vom Grundsatz her viele interessieren könnten, machen die WD auch öffentlich zugänglich. Und oft greifen die Gutachter auch Themen auf, bei denen es sozusagen „in der Luft liegt“, dass Hintergrundinformationen für die aktuelle Diskussion besonders sinnvoll sind. Doch grundsätzlich ist jede Ausarbeitung individuell für jeden einzelnen anfragenden Abgeordneten bestimmt, der dann davon Gebrauch machen kann, ohne als „Besteller“ in Erscheinung zu treten. Nicht selten erleben die Bundestagswissenschaftler dann aber doch, dass ihr Gutachten mit teils großer Medienresonanz die Runde macht. Die Schlagzeile „Gutachten des Bundestages hält Regierungsentwurf für verfassungswidrig“ klingt eben sehr spektakulär und ist möglicherweise im Sinne des Auftraggebers, der sie deshalb gern im politischen Schlagabtausch verwendet.

Aber sie funktioniert nur, weil die WD im Laufe der Jahre ein herausragendes Renommee gewonnen haben: Weil sie eben nicht parteiisch sind, nicht nach dem Munde des jeweiligen Auftraggebers schreiben, sondern unparteiisch und überparteilich an die Sache herangehen, erreichen sie eine unbestrittene Glaubwürdigkeit. Wobei die Schlagzeile selbst natürlich etwas irreführend ist: Denn die Stellungnahmen der WD sind ja keine Stellungnahmen oder Beschlüsse des Bundestages, sondern Fachgutachten des jeweiligen Verfassers. Politische Schlüsse müssen die Auftraggeber, also die Abgeordneten, selbst daraus ziehen.

**Wissenschaftliches Dienstleistungszentrum**

Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus beherbergt Wissenschaftliche Dienste, Bibliothek, Archiv und Pressedokumentation.



In der inzwischen entstandenen wissenschaftlichen Literatur über die WD wird die Denkfabrik des Bundestages häufig als Instrument für die Opposition bezeichnet. „Das ist einfach nicht wahr“, heißt es übereinstimmend bei den Gutachtern. Was auch Wimmer nachdrücklich bestätigt. Er hat viele Jahre als Oppositionspolitiker erlebt und viele Jahre als Koalitionsabgeordneter, war als Parlamentarischer Staatssekretär auch Mitglied der Regierung. Aber die WD hat er stets unabhängig von seinem jeweiligen Status genutzt. Einige Gutachter verweisen hinter vorgehaltener Hand darauf, sogar schon für amtierende Bundesminister gearbeitet zu haben. Möglicherweise zogen es ausgerechnet diese Spitzenpolitiker, die über einen großen Apparat im eigenen Haus verfügen, vor, sich wirklich ein unabhängig erarbeitetes Bild vermitteln zu lassen. Ein schönes Kompliment für die Arbeit der WD.

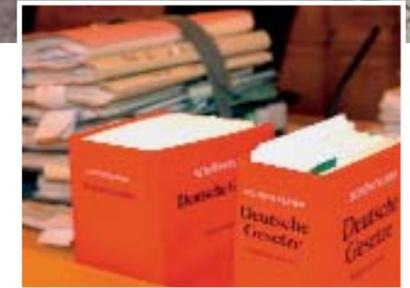
Was machen die Abgeordneten in der Regel mit den Gutachten? Anna Lührmann von Bündnis 90/Die Grünen etwa ist gerade dabei, einen Zeitungsbeitrag mit der provokativen These „die Bundesländer abschaffen!“ zu verfassen. Sie weiß, dass sie sich damit angreifbar macht. Deshalb will sie ihr Konzept argumentativ wasserdicht machen und hat die WD gebeten, ihr einen fundierten wissenschaftlichen Hintergrund über die Länderkompetenzen zu liefern. Aber auch, wenn sie eine Rede vorbereitet, ist es für sie „immer ein beruhigendes Gefühl, jederzeit auf einen guten Wissensfundus zurückgreifen zu können“. Und deshalb plädiert sie dafür, die Wissenschaftlichen Dienste noch weiter auszubauen; sie seien „für das Funktionieren des Parlamentes sehr wichtig“.

**Schrittmacherpotenziale**

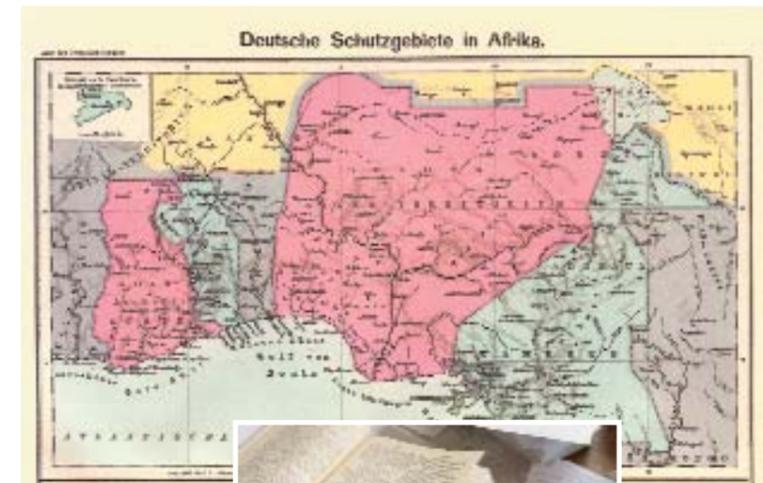
Auch die FDP-Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist „voller Lob“ über die WD. „Mit der Ausstattung eines Abgeordnetenbüros ist es einfach nicht zu leisten, in so kurzer Zeit so viele Materialien zusammenzustellen, wie wir das oft benötigen“, lautet ihre Beschreibung. Einen ersten Zwischenstand zum Gewünschten gibt es meist schon nach kurzer Zeit, die komplette Ausarbeitung folgt dann zügig hinterher. „Es ist nicht so, dass ich die Bewertungen der Wissenschaftlichen Dienste dann auch immer eins zu eins übernehme, so wie jüngst zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren, aber für die Ausarbeitung meiner eigenen Argumentation spielen die Gutachten eine wichtige Rolle.“ So werde sie auf Fundstellen und Aspekte aufmerksam, die sie vorher nicht gesehen habe, und komme durch die Antworten zu neuen Fragestellungen.

Mitunter besteht der Kontakt mit den WD für die Abgeordneten nicht nur aus Bestellen und Bekommen. Petra Sitte (Die Linke.) etwa gibt die Neugier nicht an der Garderobe ab, wenn sie von den Bundestagswissenschaftlern eine Ausarbeitung erwartet. „Kürzlich habe ich da parallel selbst noch etwas rumgegrast und bin auf einen weiteren interessanten Punkt gestoßen“, erinnert sie sich. Ein Anruf beim Gutachter: „Wissen Sie schon, dass ...?“ Der wusste nicht – und bedankte sich nun seinerseits für den Tipp. Die Unterstützung durch die WD ist für die Abgeordnete von herausragender Bedeutung, „damit man keinen fachlichen

**AUSARBEITUNG ZUM EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INNEREN**



**THEMA KOLONIALGRENZEN UND AKTUELLE KONFLIKTE**



**RECHERCHE ÜBER MIKROCHIPS  
IN KLEIDUNGSTÜCKEN**



Quatsch erzählt, denn Politiker sollen ja zu allem etwas sagen können, und ich hasse es, wenn Leute über Dinge reden, mit denen sie sich nicht richtig beschäftigt haben.“ Deshalb schätzt die Politikerin die WD-Gutachten „in ihrer Gründlichkeit“. Und: „Dadurch kann man sich bei der eigenen Vorbereitung viel Zeit sparen.“

Willy Wimmer von der CDU/CSU kann sich seine Arbeit ohne die WD gar nicht vorstellen. Gerade die historischen Bedingungen stellten oft den Schlüssel zum Verständnis der aktuellen politischen Krisen dar. Die Deutschen machten den Fehler, so zu tun, als habe es vor 1945 nichts gegeben, in anderen Ländern werde hingegen über Vorgänge aus dem 14. Jahrhundert „so gesprochen, als wenn es gestern wäre“. So habe er etwa mit Hilfe der WD wichtige Zusammenhänge zwischen den alten Kolonialgrenzen und den aktuellen Konfliktgebieten erkennen können.

Für ihn sind die Wissenschaftlichen Dienste deshalb auch eine „Einrichtung, die einen schlauer macht“ und den Weg zu „besseren politischen Konzepten“ bereitet. Die Dimensionen aktueller Probleme seien nach der Lektüre der Gutachten wesentlich greifbarer – wie etwa jüngst, als auch alle nicht physikalisch vorgebildeten Abgeordneten durch ein plastisches Gutachten zum iranischen Nuklearkonflikt lernen konnten, welcher Voraussetzungen es bedarf, damit bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie atomwaffenfähige Produkte entstehen.

**Antworten bei Hotline W**

Gutachten enthalten zuweilen auch das Potenzial, Schrittmacherfunktion für die Gesetzgebungsarbeit zu übernehmen. So sieht es Binding etwa bei den Erkenntnissen, die ihm die WD über die neue Generation von winzigen Mikrochips mit Antenne, die RFIDs, lieferten, wie sie beispielsweise in Pullover eingenäht werden können. Was hier eigentlich nur die Voraussetzungen für vollkommen automatisierte Lagerhaltung, Verkaufsstatik und Nachbestellwesen schafft, birgt tatsächlich die Gefahr, ein komplettes „Bewegungsprofil“ des einzelnen Menschen erstellen zu können. Die WD-Recherche verdeutlichte hier die besondere Datenschutz-Problematik. Binding: „Eine hochbrisante Angelegenheit.“ Nicht selten reichen die Antworten der Wissenschaftlichen Dienste über das spezielle Interesse des fragenden Abgeordneten hinaus. „Solche Antworten gibt man dann an die zuständigen Arbeitsgruppen in der Fraktion weiter, damit auch sie auf diese wichtigen Informationen aufmerksam werden“, berichtet Binding. Immer wieder lösen Untersuchungen große Resonanz im ganzen Parlament und in der Öffentlichkeit aus. Jüngst zum Beispiel die Gutachten über die Auswirkungen der Föderalismusreform oder über Studiengebühren – Arbeiten, die jeweils in vierstelliger Zahl nachgefragt wurden.

Die meisten Anfragen erreichen die Gutachter über die schon vor Jahren eingerichtete „Hotline W“. Petra Düwel nimmt mit neun Kollegen in dieser Anlaufstelle zentral alle Informationswünsche der Abgeordneten entgegen. Mit ihr an einem normalen Arbeitstag ein ruhiges Gespräch zu führen, ist gar nicht so einfach. Dauern kommt das Telefonläuten dazwischen. Auch über ein spezielles Formular

**GUTACHTEN ZUR  
FÖDERALISMUSREFORM**



im Intranet des Bundestages, über E-Mail, Fax und Hauspost gehen die Anliegen der Abgeordneten und ihrer Büros ein. Etwa jede dritte Anfrage kann die Hotline selbst bereits ohne Einschalten eines Gutachters beantworten. Die Mitarbeiter sind an die weltweit wichtigsten Datenbanken angeschlossen und wissen, wo im Bundestag welche Ressourcen vorgehalten werden, was etwa die Bibliothek, das Parlamentsarchiv oder die Pressedokumentation leisten können. Das Stichwort heißt „Informationsmanagement“.

Gerburg Trommsdorff-Gerlich, heute Chefin der „Unterabteilung WD“ mit ihren elf verschiedenen Fachbereichen, kann sich gut an ihren Einstieg in die Bundestagsverwaltung erinnern. Anfang der 70er war die Juristin gemeinsam mit anderen jungen Kolleginnen und Kollegen dabei, als sich die wissenschaftlichen Dienstleistungen im Parlament etablierten. Der Bundestag baute gerade seine eigene Beratungskompetenz aus und verband damals die Gutachter mit den Ausschussekskretariaten. Es war die Zeit, als das Parlament an umfassende Reformen von Strafrecht und Eherecht heranging und die Wirkungen des Rechts auch grundsätzlich diskutierte.

Heute bilden die rund 50 Gutachterstellen der Wissenschaftlichen Dienste eine eigene Unterabteilung. Sie pflegen aber weiterhin regelmäßige Kontakte zu den

Fachausschüssen und halten sich über die anstehenden Tagesordnungen und die daraus absehbaren potenziellen Fragestellungen auf dem Laufenden. Ihre anspruchsvolle Aufgabe bewältigen sie effizient, kompetent und diskret – obwohl die Personaldecke dünn und vielfach Gutachterstellen nicht besetzt sind.

Die Leistung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vermag sogar auf andere Parlamente auszustrahlen. Der für „Wissenschaft und Außenbeziehungen“ zuständige Abteilungsleiter Friedhelm Maier hat gerade wieder führenden Vertretern junger Parlamente auf dem Balkan und am Hindukusch Einblicke in ein funktionierendes parlamentarisches System geben können, ihnen die Bedeutung geschildert, die ein unabhängiger eigener Apparat für die Kontrolle der Regierung darstellt. Und eine eigene Denkfabrik für die Qualität parlamentarischer Arbeit.

Text: Gregor Mayntz

**i Analysen und Gutachten**  
der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages und weitere Informationen über ihre Arbeit sind online verfügbar unter:  
[www.bundestag.de/wissen](http://www.bundestag.de/wissen)

**Die Bibliothek des Bundestages  
Der Wissensspeicher**

Am Anfang standen tausend Bücher, die der Parlamentarische Rat für seine Arbeit gebraucht hatte – heute ist die Bibliothek des Deutschen Bundestages mit über 1,3 Millionen Bänden eine der attraktivsten Parlamentsbibliotheken weltweit. Und jeden Tag wird die Auswahl noch größer. Jährlich werden 17.000 neue Bände eingestellt. Viele Texte sind auch bereits elektronisch verfügbar, so dass die Recherche und Nutzung für die Abgeordneten und Mitarbeiter noch schneller wird. Bestellte Literatur liegt nach rund 20 Minuten zur Abholung bereit. Fach- und Informationsspezialisten erarbeiten aktuelle Informationsangebote, erteilen vielfältige Auskünfte und bereiten den großen Wissensfundus für die praktische und schnelle Nutzung im parlamentarischen Alltag auf. So stellt die Bibliothek etwa thematische Literaturverzeichnisse zusammen, damit die Nutzer zügig einen Überblick über die vielen hier bereitstehenden Beschreibungen, Analysen und Betrachtungen politischer und fachlicher Sachverhalte in historischer und aktueller Dimension gewinnen. Zu den Schwerpunkten der Bibliotheksbestände gehören Politik, Verwaltung, Recht, Wirtschaft, Sozialwissenschaft und neuere Geschichte –



also all das, was für einen vertieften Wissensstand der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter wichtig ist. Damit ist die Bibliothek ein fester Bestandteil im politischen Geschehen.

**i** Der elektronische Katalog der Bibliothek des Deutschen Bundestages im Internet:  
[opac.bibliothek.bundestag.de](http://opac.bibliothek.bundestag.de)



## Schreckliche Lehre der Diktatur

Wer war's? fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Er wurde gefürchtet und verehrt: Seine zornigen Ausbrüche verschonten kaum einen der politisch Mächtigen, auch nicht den eigenen Kanzler. Für die kleinen Leute, die Ohnmächtigen, die sich Hilfe suchend an ihn wandten, hatte er aber immer ein Ohr. Der Mann, der die deutsche Geschichte entscheidend mitgeprägt hat, wurde am 11. Juli 1906, vor 100 Jahren, geboren.



Unser Kandidat während einer SPD-Fraktions-sitzung mit Bundeskanzler Willy Brandt 1972.

Im November 1918, als das Kaiserreich zusammenbricht, dreht ein zwölfjähriger Chorknabe der Kirchengemeinde Dresden-Striesen das im Gemeindesaal hängende Bildnis des Monarchen mit dem Gesicht gegen die Wand. Für den Sohn eines Schuhmachers und einer Schneiderin ist dies ein Zeichen des Protestes gegen die alte Ordnung und die Folgen des Krieges. Einige Jahre später, in den unruhigen Zeiten Anfang der Zwanziger, beginnt der Realschüler sich politisch zu engagieren und tritt 1923 als 17-jähriger zunächst in die Jugendorganisation der SPD, der Partei seines Vaters, ein. Doch die scheint ihm zu nachgiebig im Kampf gegen rechts. Er schließt sich einer anarchistischen Gruppe an, verliert wegen seiner politischen Agitation seine Stelle als Kontorist bei der Firma Zeiss-Ikon und landet 1927 bei der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) – eine Entscheidung, mit der er sich sein Leben lang auseinander setzen wird.

Sein Einsatz und seine rhetorischen Fähigkeiten bringen ihn in der Partei schnell voran, für kurze Zeit wird er

auch Landtagsabgeordneter. 1933 geht er dann in den Untergrund, zwei Jahre später ins Exil. Über Prag und Paris kommt er 1937 nach Moskau. In Zusammenhang mit der Verhaftung Ernst Thälmanns durch die Nationalsozialisten strengt die Kommunistische Internationale ein Untersuchungsverfahren gegen ihn an, was zur Zeit der stalinistischen Schauprozesse akute Lebensgefahr bedeutet. Das Verfahren wird 1939 eingestellt. Seine Rolle in der Moskauer Zeit ist nicht bis ins Letzte geklärt. Der Historiker und frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Hartmut Soell stellt später dar, dass der Beschuldigte der Geheimpolizei NKWD Namen von Genossen lieferte, die sich angeblich schuldig gemacht hatten. Soell meint, dieser vermutliche Verrat habe bei ihm Schuldgefühle ausgelöst, „weil er in jenes von Inquisitionsritual gehörende Netz von Anklagen, Gegenanklagen, Denunziationen und Selbstbeichtigungen geraten und dadurch zum Mittäter geworden war“.

Durch seine spätere Arbeit in der SPD versucht er, aus den bitteren

Erfahrungen der Geschichte zu lernen und am Aufbau der Bundesrepublik mitzuarbeiten. 1959 sagt er in seinem Plädoyer für das Godesberger Programm, das die Wandlung der alten sozialistischen Arbeiterpartei zu einer modernen Volkspartei besiegelt: „Ich gehöre zu den Gebrannten ... Ich habe unter den Schlägen der Diktatur vieles gelernt, habe dafür vieles nachzuzahlen und tue das für diese Partei.“

Er ist inzwischen stellvertretender Vorsitzender dieser Partei, der er 1946 beigetreten ist. Ihr Vorsitzender Kurt Schumacher hatte den Exkommunisten nach eingehender Überprüfung aufgefordert, 1949 für den ersten Bundestag zu kandidieren. Dort hilft er – ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt – unter anderem als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses politisch bedrängten Menschen jenseits der Zonengrenze. 1960 signalisierte er mit einer wegweisenden Rede, dass die SPD

die lange Zeit bekämpfte Bindung der Bundesrepublik an den Westen akzeptiert. 1966 gehört er zu den Architekten der großen Koalition. Er übernimmt in der von Kurt-Georg Kiesinger geführten Regierung das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, wo er sich persönlich für den Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR einsetzt.

1969 wird er Vorsitzender der Bundestagsfraktion und damit nach seinen eigenen Worten zum „Kärner“, der den Karren zieht, solange der das will. 1983, nach 44 Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft im Bundestag, gönnt sich der schon lange Zuckerkranke im Alter von 76 Jahren endlich den Feierabend, den er nach eigenem Bekunden sein Leben lang ersehnte, den er jedoch nicht mehr lange genießen kann. Er verfällt einer schweren Demenzkrankheit und stirbt, bis zuletzt aufopferungsvoll gepflegt von seiner Frau Greta, am 19. Januar 1990 in seinem Bonner Reihenhaus.

### Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-191, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. Einsendeschluss: 25. Juli 2006. Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 5/06 lautet: Gustav-Adolf „Täve“ Schur. Eine Reise nach Berlin hat Claus Friedrich aus Halle (Saale) gewonnen.



## Organisationsreform des Bundestages

# Strukturen für geänderte Aufgaben

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages, ein Serviceunternehmen mit rund 2.500 Mitarbeitern, ist zum 1. Mai 2006 in vielen Bereichen neu organisiert worden. Die Aufgaben wurden neu gebündelt und den geänderten Anforderungen angepasst. Denn die Informationsansprüche der Bürgerinnen und Bürger sind in den vergangenen Jahren gewachsen, und auch die Ansprüche an die Gesetzgebung nehmen kontinuierlich zu.

Mit Inkrafttreten der Reform hat auch ein neuer „Direktor beim Bundestag“ seinen Dienst angetreten. Hans-Joachim Stelzl, der bisher die Abteilung „Zentrale Dienste“ leitete, folgt Wolfgang Zeh an der Spitze der Bundestagsverwaltung nach, der in den Ruhestand ging. Der Bayer Stelzl arbeitet seit 1974 beim Bundestag.

Stelzl beschreibt die Aufgaben der Verwaltung so: „Wir verstehen uns als modernes Dienstleistungsunternehmen, das dem einzelnen Abgeordneten und dem Parlament insgesamt zuarbeitet und ihre Arbeit erleichtert.“ Diesem Ziel diene die jetzt vollzogene Reform der Organisation, die 17 Jahre lang fast unverändert geblieben war. Ihre beiden Eckpfeiler, zum einen die Gesetzgebung, zum andern die Information, wurden zu jeweils einer Abteilung zusammengefasst. Die Abteilung P, deren Kürzel für „Parlament und Abgeordnete“ steht, begleitet den gesamten Gang eines Gesetzes durch den Bundestag. Die neue Abteilung I („Information und Dokumentation“) umfasst die Information im weitesten Sinne.

In dieser Abteilung arbeiten nicht nur diejenigen, die die Informationen erzeugen – zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit oder der Besucherdienst –, sondern auch die Mitarbeiter, die die Informationen technisch umsetzen. Stelzl: „Bisher war das verteilt auf zwei Abteilungen mit der Folge, dass in der ersten Abteilung viel Schönes und Neues erdacht wurde, und in der zweiten Abteilung gab es dann die Probleme mit der Realisierung. Jetzt machen die das alles aus einer Hand, und wir erhoffen uns daraus einen erheblichen Synergieeffekt.“

**Vielfältige Dienste:** Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung halten zu Beginn der Wahlperiode Dokumente für neue Abgeordnete bereit.



Hans-Joachim Stelzl auf der Dachterasse des Reichstagsgebäudes. Seit 1. Mai ist er Direktor beim Deutschen Bundestag.

Zur Abteilung I gehören auch Bibliothek, Archiv und Pressedokumentation, Einrichtungen, die für Abgeordnete und Mitarbeiter eine Vielzahl von Informationen bereithalten. So archiviert die Pressedokumentation rund 300 regelmäßig erscheinende Publikationen und speichert täglich 2.000 Presseausschnitte.

#### Schwerpunkt Information

Andere Bereiche dieser Abteilung wenden sich mit ihren Informationen vor allem an die Bürger. So der Besucherdienst, der jährlich rund drei Millionen Menschen betreut. Der Besuch im Reichstagsgebäude und insbesondere auf der Kuppel erfreut sich ständig steigender Beliebtheit. Stelzl: „Bei Berlinbesuchern gilt inzwischen: Wer nicht auf der Kuppel war, der war nicht in Berlin.“ Bei vielen Besuchern wird Verständnis fürs Parlament geweckt oder gefördert. Im Bereich „Information und Öffentlichkeitsarbeit“ sind auch zwei Ausstellungen mit freiem Eintritt angesiedelt, die neu gestaltete Schau über den deutschen Parlamentarismus im Deutschen Dom sowie der Kunstraum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus mit wechselnden Ausstellungen.

Die rund 200 Mitarbeiter der Unterabteilung „Informationstechnik“ sorgen dafür, dass die angebotenen Informationen auch den Adressaten erreichen. Sie haben 5.200 Computerarbeitsplätze zu betreuen, 28 Telekommunikationsanlagen mit 12.000 Anschlüssen sowie das größte hauseigene Fernsehnetz Europas. 300 bis 800 Mal täglich klingelt bei ihnen die Rufnummer, über die Hilfe bei Computerproblemen angefordert werden kann.

In der neu geschneiderten Abteilung P ist nun der gesamte Weg der Gesetzgebung zusammengefasst. Die alte Parlamentsabteilung hatte sich mit der Vorbereitung der Plenarsitzungen befasst, zum Beispiel mit der Tagesordnung oder den Drucksachen. Die vorgelagerten Schritte, nämlich die Beratung in den Ausschüssen, machte eine andere Abteilung, die Wissenschaftlichen Dienste. Dort war jedem Bundestagsausschuss auch der jeweils korrespondierende Fachbereich zugeordnet. Während die Ausschusssekretariate in der Abteilung P ganz konkret die Gesetzgebung vorbereiten, dienen die Fachbereiche als wissenschaftliche Dienstleister für den einzelnen Abgeordneten und blieben nach der Reform folglich in ihrer alten Abteilung W.

In der Abteilung P sind außerdem alle Aufgaben zusammengefasst, die sich mit dem einzelnen Abgeordneten und seinem Mandat befassen, zum Beispiel mit seiner Entschädigung und dem Gehalt seiner Mitarbeiter. Auch das Thema Parteienfinanzierung ist in dieser Abteilung zu Hause so wie die Parlamentsärztin.

In der Abteilung W („Wissenschaft und Außenbeziehungen“) sind die von der Ausschussarbeit getrennten elf Fachbereiche übrig geblieben.

Sie sollen für den einzelnen Parlamentarier ein Gegengewicht zum ministeriellen Fachverstand der Regierung schaffen und umfassen jeweils die Zuständigkeitsbereiche mehrerer Bundesministerien.

In dieser Abteilung werden auch die intensiven Beziehungen des Bundestages zu Parlamenten des Auslands unterstützt. Der Sprachendienst stellt Übersetzer und Dolmetscher, eigene Referate bereiten die Auslandsreisen von Abgeordneten oder von Ausschussdelegationen vor, kümmern sich um den Austausch von Mitarbeitern mit anderen Parlamenten und unterstützen junge Demokratien durch zahlreiche Praktikantenprogramme.

Zu den Außenbeziehungen des Bundestages gehören auch die Eingaben von Bürgern. In der dafür zuständigen Unterabteilung „Petitionen und Eingaben“ haben 80 Mitarbeiter jährlich 18.000 Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern zu bearbeiten.

All diese Aufgaben der Parlamentsverwaltung wären nicht zu erfüllen ohne die Abteilung Z, die Zentralabteilung.

Sie hat für die vielen im Bundestag arbeitenden Menschen Papier, Bleistifte, Computer und Druckerpatronen einzukaufen, täglich sechs Tonnen Altpapier zu entsorgen, jährlich 2,5 Millionen Briefe und 35.000 Pakete an die richtige Stelle zu schaffen und mit über 400 Reinigungskräften über 5.000 Büros sauber zu halten. Für das alles und noch viel mehr sorgt die Unterabteilung ZT („Technik und Betrieb“).

#### Von Personal bis Polizei

Um die Mitarbeiter selbst kümmert sich die Unterabteilung ZV, die zwar ihr für „Zentrale Verwaltung“ stehendes Kürzel behalten hat, aber in ihrem Aufgabenbereich auf das Personal konzentriert wurde. Zu ZV gehört auch die parlamentseigene Kindertagesstätte. Dass bei dieser Fülle an Menschen und Aufgaben alles seinen geordneten Gang geht, dafür sorgt das Organisationsreferat.

In der dritten Unterabteilung mit dem Kürzel ZR ist zusammengefasst, was mit dem Recht im engeren Sinne zu tun hat, also der Haushalt, das

Justitiariat, die Polizei und der Geheimschutz. Rund 170 eigene Polizeibeamte sorgen in den 22 Gebäuden des Bundestages für die Sicherheit.

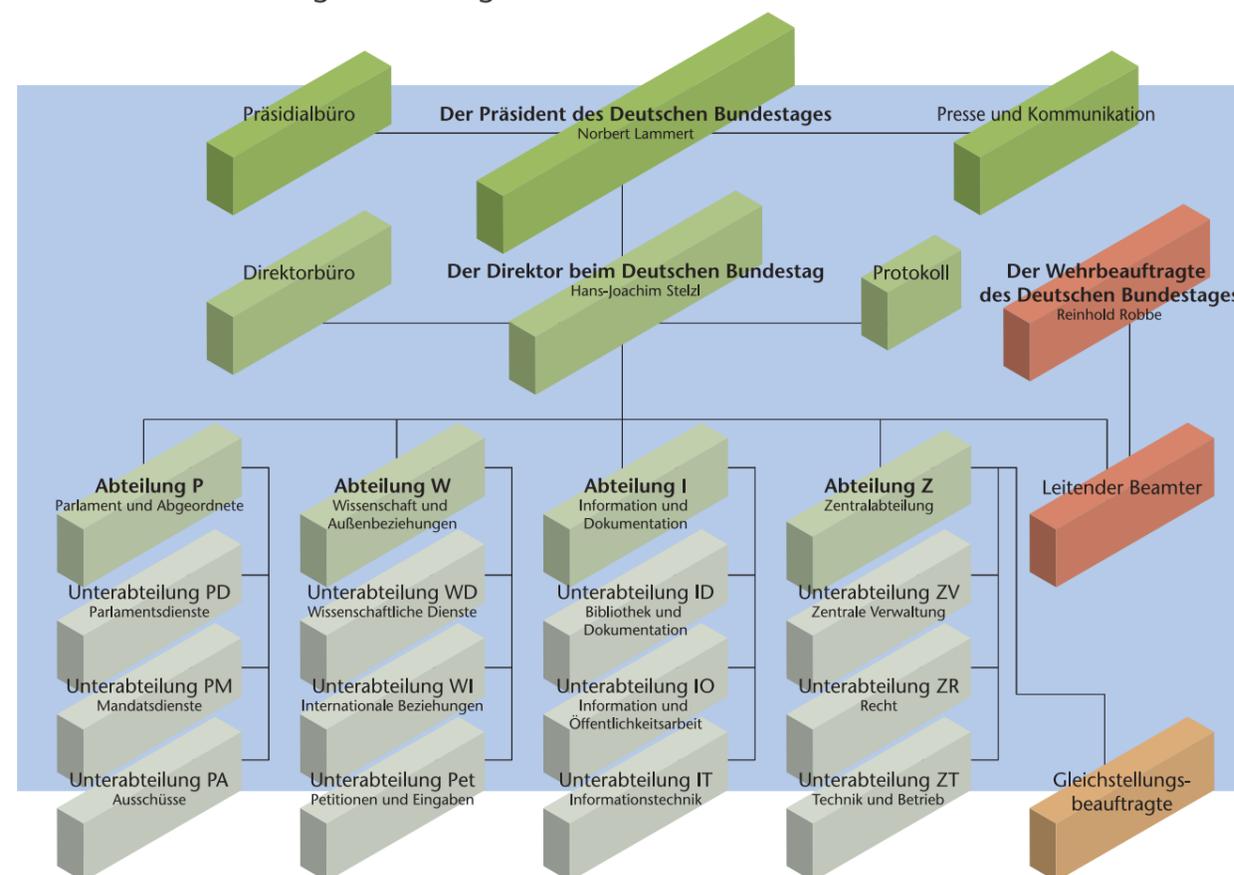
Dem Wehrbeauftragten ist eine eigene Verwaltungseinheit zugeordnet, die ihn bei seinen gesetzlichen Aufgaben unterstützt. Eine Sonderrolle spielt auch der Bereich „Presse und Kommunikation“, der beim Bundestagspräsidenten angesiedelt ist. Dazu gehören das klassische Pressereferat, die Parlamentskorrespondenz, die Online-Dienste und das Parlamentsfernsehen sowie ein Referat „Texte, Anfragen“, in dem Redewürfe und Antworten auf Briefe von Bürgern erstellt werden.

Ein gutes halbes Jahr haben Präsident Lammert und Organisationsfachleute des Hauses gearbeitet, bis das Puzzle passte. Natürlich stießen die Änderungen nicht bei allen Mitarbeitern auf Begeisterung. Doch haben, so betont Stelzl, die allermeisten eingesehen, dass die Reform der organisatorischen Realität entspricht und die inneren Abläufe verbessert.

Text: Klaus Lantermann

## Der Organisationsplan des Bundestages

Struktur der Bundestagsverwaltung seit dem 1. Mai 2006





Abgeordnete vor der Sommerpause

# Ein guter Anfang ist gemacht

Sie sind neu, aber nicht unerfahren. Im Bundestagshandbuch tragen sie einen Stern vor dem Namen. Erste Wahlperiode und manches steht noch auf Anfang. Die Terminkalender der Sitzungswochen sind gut gefüllt. Einiges ist produktive Routine geworden. Es mangelt trotzdem nicht an Neugier und nicht an Überraschungen. Eine Sitzungswoche, fünf Abgeordnete und fünf Termine.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



**A**m Montag kurz vor zwei steigt Anton Hofreiter vor seinem Bundestagsbüro aufs Fahrrad, um zum Verkehrsministerium zu fahren. Dort startet die diesjährige Gemeinschaftsaktion „Mit dem Rad zur Arbeit“. Erst werden kluge Reden gehalten und dann fahren alle, die gekommen sind, mit dem Rad eine große Runde durch die Innenstadt. Vorneweg Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, mittendrin der grüne Abgeordnete Hofreiter, Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, promovierter Biologe und bekennender Ökologe. Was der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club, das Bundesverkehrsministerium und die AOK hier bewegen wollen, kann er nur unterstützen. Fahrräder sind eine gute Alternative zum Auto.

Anton Hofreiter ist schnell im Alltag des Parlaments angekommen. Er hatte sich darauf gefreut, seine Arbeit selbst gestalten zu können, seine Schwerpunkte zu wählen und etwas zu bewegen. Das waren seine Erwartungen. „Und sie erfüllen sich. Ich mache Verkehrs- und Umweltpolitik und erfahre, dass man in der Opposition ziemlich frei agieren und arbeiten kann. Das sind die guten Seiten. Gewöhnungsbedürftig sind die langen Zeiten, die ich im Zug sitze, um zwischen München und Berlin zu pendeln.“ Der 36-jährige Bayer nutzt die Fahrzeiten oft, um zu arbeiten. Zum Beispiel schreibt er Aufsätze für seine Homepage. Über Gerechtigkeit, Chancengleichheit, ehrlichen Umgang mit politischen Herausforderungen. Er schreibt, weil ihm diese Sachen am Herzen liegen. Und weil er nicht

„Gewöhnungsbedürftig sind die langen Zeiten, die ich im Zug sitze.“  
Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen)

vergessen will, dass sie der Grund für sein politisches Engagement sind. Wenn er über die Bahnreform streitet oder über Verkehrswegeplanung, bleiben die großen Ziele immer im Kopf.

Die Bahnreform ist eines der ersten Schwerpunktthemen, mit denen sich der Abgeordnete im Bundestag beschäftigt. Da musste man schnell im Thema und sachkundig sein. „Etwas länger dauert es wahrscheinlich, Kommunikationsstrukturen und Netzwerke aufzubauen“, sagt er. „Die braucht man in der Politik.“ Einen langen Atem sowieso. Wie in der Forschung. Aber daher kommt der Mann schließlich. Er ist ein Artenvielfalt-Forscher. Gibt es wahrscheinlich nicht so viele im Bundestag. Vielleicht sogar nur einen.

**Fundiertes Handwerk, reizvolle Vielfalt**  
Fünf Stunden sind für die Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag vorgesehen. Vorbereitung der Plenarsitzung, Petitionen, solidarische Bürgerversicherung, Europäisches Sozialforum, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Verschiedenes stehen auf der Tagesordnung der Fraktion Die Linke. Die Sitzung ist wie immer zum größten Teil öffentlich. Also voll, ein ganz klein wenig chaotisch, aber trotzdem gehen die Dinge vorwärts. Wolfgang Neskovic, vormals Richter am Bundesgerichtshof, jetzt Bundestagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums und des

„Die Ritualisierung der Arbeit ist größer, als ich dachte.“  
Wolfgang Neskovic (Die Linke.)



„Es gibt Prozesse, die wir begleiten, da geschieht Positives.“

Marina Schuster (FDP)

BND-Untersuchungsausschusses, sitzt trotz Zeitdruck, überbordender Auftragslage und einiger Anfragen für Interviews – möglichst gleich und sofort – ziemlich gelassen auf seinem Stuhl. Er wirkt, als sei Stress ein Fremdwort.

Obwohl ihm, wie er sagt, die Möglichkeit verwehrt war, langsam im parlamentarischen Alltag anzukommen. Und obwohl, wie er hinzufügt, die ersten Enttäuschungen nicht lange auf sich warten ließen. „Die Ritualisierung der Arbeit ist größer, als ich dachte, und zugleich ist alles viel weniger sachbezogen, als ich hoffte. Ich bin mit der Erwartung in den Bundestag gegangen, hier die Gesetze, die ich als Richter für misslungen halte, inhaltlich und handwerklich verbessern zu können. Ich bin nicht naiv und weiß, dass alles sehr komplex ist, dennoch hätte ich mir ein Mehr an sachbezogener Diskussion gewünscht. In Kürze wird sich der Bundestag mit dem Thema Insolvenzrecht befassen, es wird dazu eine Anhörung geben, denn das so genannte Anfechtungsrecht ist sehr kompliziert. Ich bin gespannt, ob es bei einem solch relativ ideologiefreien Thema einen fachlich fundierten Diskurs geben wird.“

Der 58-jährige Lübecker sucht nach eigenem Bekunden gern und möglichst oft den tiefgreifenden Diskurs, jenseits von Schnelllebigkeit und pragmatischen Lösungen. „Die Fraktion ist da wichtig, weil es sehr spannend ist, mit Menschen zu arbeiten, die so verschieden und so unterschiedlich sind. Diese Inhomogenität ist für mich reizvoll. Hier arbeiten viele talentierte Leute.“

Wolfgang Neskovic bereut nicht, die, wie er sagt, mönchische Einsamkeit des Richters gegen die Hektik der parlamentarischen Arbeit getauscht zu haben. Das sieht man ihm an.

#### Einmal um die Welt tanzen

Für die FDP-Abgeordnete Marina Schuster hat diese Sitzungswoche schon am Freitag zuvor begonnen. Da tagte der Unterausschuss Globalisierung und Außenwirtschaft, dem die 30-jährige Diplomkauffrau und Doktorandin angehört. Der Unterausschuss ist dem Auswärtigen Ausschuss zugeordnet, von vielen als „Königsausschuss“ bezeichnet. Der wiederum findet planmäßig am Mittwoch der Sitzungswoche statt, ab neun Uhr. Elf Tagesordnungspunkte stehen auf dem Plan, nur ein Teil kann in den drei Stunden behandelt werden. So auch der Antrag „Menschenrechte in Kuba einfordern und die kubanische Zivilgesellschaft fördern“. Den hat Marina Schuster geschrieben und mit ihrer Fraktion eingebracht. Er wird abgelehnt. Das ist enttäuschend und von der Sache her für sie unverständlich. Im März hatte eine große Debatte zu diesem Thema im Plenum stattgefunden, Marina Schuster hielt ihre zweite Rede vor dem Deutschen Bundestag.

Die Abgeordnete aus Greding hat schnell gelernt, dass es zum parlamentarischen Alltag gehört, Vorschläge nicht immer durchsetzen zu können. Zumal in der Opposition. Sie, die zu ihrer eigenen Überraschung in den Bundestag einzog, wusste auch von Beginn an, dass es von nun an unendlich viel Arbeit geben und sehr wenig Zeit für anderes bleiben wird. Fürs Tanzen zum Beispiel, das sie leidenschaftlich und professionell betreibt. „Einmal nur habe ich seit September getanzt“, sagt sie und lächelt. Aber die Arbeit im Bundestag und vor allem auch im Ausschuss

gefällt ihr sehr. Obwohl sich gerade dieser Ausschuss auch viel mit Elend, Not, Verzweiflung, schwierigen Situationen und Entwicklungen befassen muss. „Das geht schon an die Nieren und es berührt mich sehr. Aber es gibt Prozesse, die wir begleiten, da geschieht Positives. Langsam meist, aber es macht trotzdem optimistisch.“

Marina Schuster hat sich die halbe Welt zum Arbeitsthema gemacht: Lateinamerika, China, Japan, Indien, Afrika. Das Wunderbarste bei dieser Arbeit sei, so viele interessante Persönlichkeiten kennen zu lernen. „Im Bundestag und im Wahlkreis. Wenn ich dort zu einem Ereignis gehe, auf das sich viele Menschen freuen – ein Schulfest zum Beispiel – dann bin ich froh, an diesem Moment teilhaben zu können. Und genauso froh bin ich, dabei zu sein, wenn der Gesandte des Dalai Lama oder Javier Solana mit Abgeordneten spricht.“

#### Kurzer Heimweg und lange Abende

Die SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert kommt etwas gehetzt, aber fröhlich zum parlamentarischen Abend des Beethovenkreises, einem Zusammenschluss linker und gewerkschaftlich orientierter Jugendverbände. Das Haus am Lützwoplatz ist ein angenehmer Ort, um gemeinsam über Bildung und Arbeit, Ausbildung und Förderung, Kampf gegen rechts und Kooperation zu diskutieren. Draußen wird gegrillt, drinnen Hoffnung genährt – zwischen großformatig bunten Blumen aus Wolle, die die Wände schmücken. Die 48-jährige Sozialpädagogin aus Berlin ist schnell mittendrin in der Debatte. Sie ist interessiert und nutzt den Abend, um mit möglichst vielen Menschen zu reden. Im Bundestag zwar noch neu, hat sie im Laufe ihres Berufslebens so viel gelernt, geleistet, probiert, zuletzt als Zentrale Frauenbeauftragte der Charité, dass sie auch als Parlamentarierin beste Figur macht.

Mechthild Rawert ist ordentliches Mitglied zweier Ausschüsse. Sie muss sich um die Themen Gesundheit in dem einen und Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im zweiten kümmern. Drei Mal hat sie schon im Plenum geredet, zwei Mal ist sie mit ihrem Büro umgezogen. Ihr Weg zwischen Wahlkreis und Bundestag ist zwar kurz, dafür aber ist so mancher Tag in Sitzungswochen noch länger als lang, denn abends steht oft die Arbeit in Tempelhof-Schöneberg und an der Basis auf dem Programm. „Ich habe schnell versucht, meine Themen zu besetzen und das Handwerk zu lernen: Wie sind die Strukturen der Verwaltung, wie arbeitet so eine große Fraktion. Das Wissen um all diese Dinge hat man nicht im Gepäck. Und oft kollidieren die Prozesse. Meine Jungferrede zum Thema Lohnfortzahlungsausgleichsgesetz war gleich auf neun Minuten angesetzt. Mein Terminkalender war dicht und ich hatte kaum Zeit zur Vorbereitung.“ Und? „Es lief gut.“

Inzwischen sind bei Mechthild Rawert, die so laut und herzlich lachen kann, dass die Schwierigkeiten vielleicht manchmal allein dadurch kleiner werden, auch Themen gelandet, bei denen sie im September noch nicht daran dachte, dass die ihr mal Arbeit machen werden: Gerade hat sie einen Antrag zum Schutz der weltweit letzten 100 westpazifischen Grauwale geschrieben. „Das“, sagt sie, „hätte ich mir vor einem Jahr wirklich nicht träumen lassen. Aber es ist toll.“

„Ich habe schnell versucht, meine Themen zu besetzen und das Handwerk zu lernen.“

Mechthild Rawert (SPD)





„Die ländlichen Räume dürfen nicht vergessen werden.“

Hans-Heinrich Jordan (CDU/CSU)

#### Im Bundestag für die Altmark

Am Donnerstag steht im Bundestag eine Marathon-Plenarsitzung mit vier namentlichen Abstimmungen an. Der CDU/CSU-Abgeordnete Hans-Heinrich Jordan wechselt zwischen Plenum, Büro und Außer-Haus-Terminen. Am frühen Abend ist der 57-jährige Agraringenieur in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt verabredet. Im prachtvollen Kaminzimmer trifft er sich mit Petra Wernicke, der Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalts. Im Hof des schönen Gebäudes in der Berliner Luisenstraße wird derweil alles für einen parlamentarischen Abend „Wir stehen früher auf – mit Bio aus Sachsen-Anhalt durch den Tag“ gerüstet. Es riecht nach Wurst und Käse und klingt nach guter Musik.

Hans-Heinrich Jordan kommt aus der Altmark und erklärt, es habe lange keinen Interessenvertreter aus dieser Region für die CDU im Bundestag gegeben. Um so mehr wolle er das sein, denn eine gute Interessenvertretung habe die Altmark wohl verdient. Der Mann weiß, wovon er spricht, war er doch viele Jahre Sozialdezernent und stellvertretender Landrat im Kreis Salzwedel. „Gute Bundespolitik muss sich daran messen lassen, dass sich Regionen und Kommunen entwickeln können. Die ländlichen Räume dürfen dabei nicht vergessen werden.“

Den ländlichen Raum der Altmark kennt der Mann gut, und wenn ein paar Minuten Zeit sind, erzählt er gern Geschichten und Geschichte dieser Region zwischen Elbe

und Südheide. Heute aber ist, wie immer in Sitzungswochen, wenig Zeit.

Hans-Heinrich Jordan ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Eines der ersten großen Themen für ihn war die Vogelgrippe und die damit verbundenen politischen Entscheidungen. „Was wirklich hilfreich war: Die Freundlichkeit und Kollegialität, mit der die Fraktion einen aufnimmt. Da fällt der Anfang leicht. Und wenn man lange Berufserfahrung hat, weiß man auch, dass es wichtig ist, Prioritäten zu setzen und sich nicht zu verzetteln.“

Das Gespräch mit der Ministerin dauert eine Stunde. Viele Themen werden angesprochen und diskutiert. Danach läuft der Abgeordnete Jordan durch die Luisenstraße zurück in den Bundestag und zur nächsten namentlichen Abstimmung. Vielleicht schafft er es auch, wieder zurück und zum parlamentarischen Abend zu kommen. Um ein wenig Altmark mitten in Berlin zu genießen.



#### Kontakt zu den Abgeordneten:

anton.hofreiter@bundestag.de  
www.toni-hofreiter.de

wolfgang.neskovic@bundestag.de  
www.wolfgang-neskovic.de

marina.schuster@bundestag.de  
www.marina-schuster.de

mechthild.rawert@bundestag.de  
www.mechthild-rawert.de

hans-heinrich.jordan@bundestag.de  
www.cducusu.de



## MENSCHEN IPP-STIPENDIATEN



# Der Zukunft entgegen

Dora und Oleksiy nehmen am Internationalen Parlaments-Praktikum des Deutschen Bundestages teil. Das baut Brücken und legt ein Fundament.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



Dora sagt, seit sie in Berlin ist und hier im Bundestag ein Praktikum absolviert, hätten sich eine Menge Dinge verändert. Die 29-jährige Ungarin zeigt dabei ihr schönstes Lachen und schickt hinterher: „Ich kann mir jetzt vorstellen, später im politischen Journalismus zu arbeiten, über Politik zu berichten. Und mit meinem Abgeordneten“, sagt sie, „habe ich großes Glück.“ Das freut Willi Zylajew natürlich, denn umgekehrt gilt das mit dem Glück auch. Der Abgeordnete bildet zum zweiten Mal im Rahmen des Internationalen Parlaments-Praktikums (IPP) des Deutschen Bundestages aus. Aus Überzeugung. „Man muss fördern, wenn man später fördern will“, sagt er. Bei ihm sieht fördern so aus: Dora Gyárfás verbringt ein Viertel ihrer Zeit mit Büroarbeit, ein Viertel mit Recherchen nach Vorgaben des Abgeordneten, ein Viertel mit Recherchen nach eigener Neigung und im vierten Viertel sollen parlamentarische Abläufe beobachtet werden. Morgen zum Beispiel im Ausschuss für Gesundheit, in dem Zylajew sitzt. Drei Erfahrungen, sagt der, könne man hier vermitteln. „Erstens: Hier wird auch nur mit Wasser gekocht. Zweitens: Man kann hier vielfältig arbeiten und sich eine Arbeitsorganisation schaffen. Drittens: Der Einblick in Arbeitsabläufe

hilft, alles besser zu durchschauen und schafft Nähe zur Praxis.“

Dora hat bereits ein interessantes Leben gelebt, bevor sie nach Berlin und in den Bundestag kam. Aufgewachsen in Budapest, ist sie bereits mit 14 Jahren fürs Fernsehen entdeckt worden. Vielleicht lag es an dem Steppentanz, den sie beim Casting vorführte, sicher auch daran, dass sie einfach gut aussieht, wahrscheinlich aber vor allem an ihrem Talent, locker und intelligent über die Dinge zu reden. Jedenfalls wurde sie Moderatorin des vom ungarischen Fernsehen ausgestrahlten Jugendprogramms. Das bescherte ihr wöchentlich einen schulfreien Tag und den Entschluss, nach dem Abitur an der ungarischen Theater- und Filmakademie zu studieren. Abschluss im Jahr 2001. „Dann wollte ich noch einmal etwas ganz Verrücktes machen und habe zwei Jahre bei VIVA als Moderatorin gearbeitet.“

#### Nebenjob Moderatorin

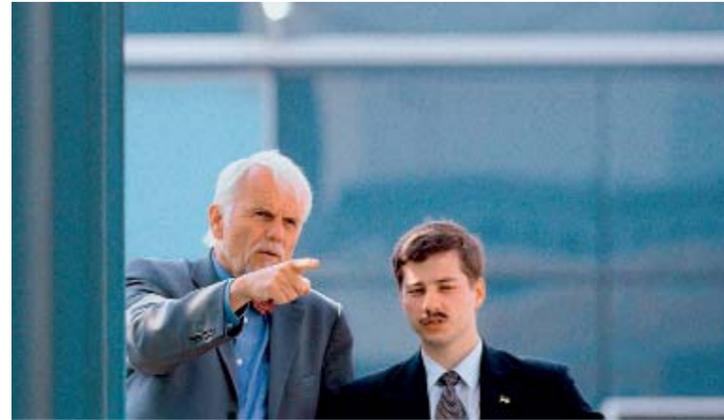
Gearbeitet hat Dora immer, auch während des zweiten Studiums an der Corvinus Universität in Budapest, Fach Internationale Beziehungen. Sie hat für Magazine geschrieben, Radio- und Fernsehsendungen moderiert und dabei gelernt und gelernt. In ihrem Diplom steht, dass sie Expertin für Außenpolitik ist. „Ich fand Außenpolitik immer spannender als Innenpolitik und jetzt sehe ich hier, wie interessant Innenpolitik sein kann. Gesundheitspolitik zum Beispiel, das ist sehr kompliziert und alles verändert sich schnell. Ich kann durch dieses Praktikum zusehen und lernen, wie Politik gemacht wird. Dann gibt es noch die Bildungsprogramme der Stiftungen der Parteien. Jeder Tag hat für mich neue Herausforderungen. Heute zum Beispiel

musste ich Zusagen und Absagen schreiben. Bald werde ich den Wahlkreis meines Abgeordneten kennen lernen.“

Und dann ist da noch Berlin. Dora wohnt in Kreuzberg und sie will diese Stadt am liebsten ganz und gar kennen lernen. Und jeden deutschsprachigen Film sehen, der in die Kinos kommt, und den ungarischen Länderabend mit vorbereiten und über die Zukunft nachdenken. „Ein Praktikum beim ZDF würde ich gerne machen.“ Warum nicht? Die Welt oder ein guter Teil von ihr steht Menschen wie Dora, die neugierig sind und nie aufhören zu lernen, offen. Vorausgesetzt, es gibt Leute wie den Abgeordneten Zylajew, die Neugier und Lernlust fördern. Dafür ist der Bundestag ein guter Ort.

Der Abgeordnete Wolfgang Börnsen (Bönstrup) ist seit vielen Jahren Hauptberichterstatler für das IPP. Es liegt ihm am Herzen, junge, wissbegierige Menschen, vor allem auch aus jungen, sich entwickelnden und erfindenden Demokratien in Osteuropa zu unterstützen. Dafür benutzt er hin und wieder gern große Worte, denn es ist ein großes Anliegen, Praktikantinnen und Praktikanten in die „Werkstatt der Demokratie“, wie er es nennt, einzuführen. „Das IPP ist in dieser Hinsicht eine weltweit einmalige Initiative. Auch deshalb, weil sich seit vielen Jahren Abgeordnete aller Fraktionen engagieren. Darauf sind wir stolz und das wollen wir so weiterführen.“

Oleksiy Semeniy heißt in diesem Jahr sein Praktikant. Man könnte den 28-jährigen Ukrainer schon jetzt zu jenen zählen, die die geistige Elite seines Landes bilden können und vielleicht auch bilden werden. Oleksiy hat einen Ausbildungsweg hinter sich,



Wie werden Entscheidungen getroffen? Oleksiy Semeniy aus der Ukraine, links in der Diskussion mit seinem Abgeordneten Wolfgang Börnsen.

der zweieinhalb Seiten umfasst und die Frage aufwirft, ob die Tage in der Ukraine womöglich mehr als 24 Stunden haben. „So ist das nicht“, sagt Oleksiy, „aber ich habe schon in der siebten Klasse beschlossen, dass ich später Politik studieren will, internationale Beziehungen. Ich wollte möglichst viel von der Welt kennen lernen und mit anderen Menschen zu tun haben. Nicht mit Dingen. Mit Menschen.“

Oleksiy Semeniy ist ein ernsthafter Mensch. Er lächelt nicht oft, aber wenn, dann ist es kein diplomatisches, sondern ein fröhliches Lächeln. Er hat ein Staatsexamen am Kiewer Institut für Internationale Beziehungen gemacht, eines in Militärausbildung, er hat eine Bachelorarbeit zum Thema „Die EU-Osterweiterung: Bedeutung und Folgen für Europa“ geschrieben, noch ein Staatsexamen „Internationale Systeme und globale Entwicklung“ gemacht, er hat in Münster promoviert zum Thema „Die Rolle Deutschlands in der EU-Osterweiterung“ und war in dieser Zeit Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er spricht Deutsch und Englisch, hat Grundkenntnisse in Chinesisch und Latein. Was will er da noch im Bundestag lernen?

„Ich will das Parlament von innen kennen lernen, wissen, wie sich Abgeordnete in bestimmten Situationen

verhalten, wie sie ihre Ziele durchsetzen, wie politische Kompromisse entstehen. Wissen Sie, über das Wetter, den Sport und die Politik können wir theoretisch alle reden. Aber wie werden Entscheidungen wirklich getroffen? Wie funktioniert eine langjährige, eine erfahrene Demokratie? Bei uns in der Ukraine steht alles noch auf Anfang. Wir haben damit begonnen, eine parlamentarische Demokratie aufzubauen. Ich möchte später gern mein eigenes Land stark machen. Denn es hat große Chancen.“

#### Olympionike des Wissens

Das Oleksiy Semeniy sein Land liebt, spürt man. Er kennt dessen Geschichte, weiß, welche Wunden geschlagen wurden und welche Erfolge gefeiert. Vor zehn Jahren war der damals 17-jährige Zweitbeste bei der ukrainischen Olympiade in Geschichte. Und wenn man Oleksiy nach wichtigen Ereignissen und Personen seiner Landesgeschichte fragt, redet er noch schneller als sonst, als gelte es, alles innerhalb weniger Minuten klar zu machen. Er spricht über den Kosakenführer Bogdan Chmelnyzki und all die Versuche im Laufe der Jahrhunderte, die Ukraine zu einem unabhängigen Staat zu machen.

Das sind die großen Bögen, die das Leben spannt und dazu führen, dass



einer tut, was er tut. Hier aber, im Deutschen Bundestag, ist Oleksiy Semeniy ganz im Heute und Jetzt. Jeden Tag. Sein Terminkalender ist so voll wie der seines Abgeordneten und klar ist: Hier haben die Tage auf jeden Fall nur 24 Stunden. Aber Ausschuss für Kultur und Medien muss sein, gleichnamige Arbeitsgruppe der Fraktion ebenso, Arbeitskreis Küste, Plenarsitzung und Büroarbeit sind wichtig, Berlin darf nicht fehlen. Und vielleicht passen ja noch ein paar Termine dazwischen. Fußball zum Beispiel. Er liebt das Spiel, ist ein großer Fan seiner Nationalmannschaft und von Dynamo Kiew.

Oleksiy lebt und arbeitet nach dem Motto, die Chancen zu nutzen, die man geboten bekommt und sich selbst erkämpft hat. Er hat sich schon mit 13 auf den Weg gemacht und ist weit gekommen.

Das Internationale Parlaments-Praktikum des Deutschen Bundestages ist dafür da, Menschen wie Dora Gyárfás und Oleksiy Semeniy zu unterstützen: in ihren Bemühungen um ihren eigenen Bildungsweg, ihrem Streben nach einer ausgefüllten, sinnvollen Arbeit, in ihrem Hoffen auf eine gute Zukunft und in ihrem Anliegen, später einmal in ihrem Land Bestes zu leisten. Das ist die Botschaft. Und sie macht seit 22 Jahren die Runde.

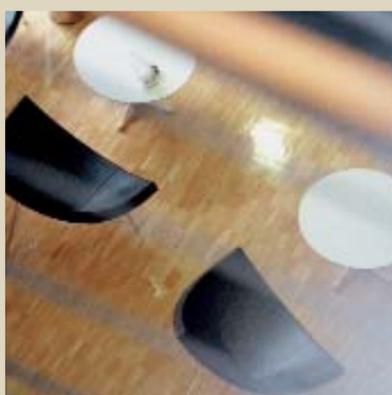


Einblick in die Praxis hilft, alles zu durchschauen. Dora Gyárfás aus Ungarn, rechts im Gespräch mit ihrem Abgeordneten Willi Zylajew.



#### Internationales Parlaments-Praktikum (IPP)

Das vom Deutschen Bundestag finanzierte IPP gibt es seit 22 Jahren. Mehr als 100 Abgeordnete engagieren sich dafür, indem sie in der fünfmonatigen Ausbildung die „Patenschaft“ für eine Praktikantin oder einen Praktikanten übernehmen. Die Teilnehmer erhalten ein Stipendium von monatlich 511 Euro aus den Mitteln des Bundestages. Die Unterkunft ist frei. Voraussetzungen für die Teilnahme sind Interesse an Politik, gute Deutschkenntnisse und ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Ausgewählt werden die Praktikanten zusammen mit den drei Berliner Universitäten, den deutschen Botschaften und den Parlamenten in den jeweiligen Ländern.



Es gibt sie in allen Häusern des Bundestages und vielleicht auch für jeden Geschmack. Jede, fast jede von ihnen eine kleine Einladung: Mach mal Pause. Fünf Minuten oder zehn. Trink einen Kaffee. Rede mit einem netten Kollegen, lies Zeitung oder die Papiere für die nächste Sitzung. Schau dir das Hin und Her ringsum an, all die viel beschäftigten Menschen, die an dir

vorbeilaufen, während du eine kleine Auszeit hast. Mach es dir bequem und hol wieder Schwung. Das Leben ist anstrengend.

Sitzecken sind mehr als die Summe ihrer Einzelteile. Sie verändern den Raum, sind kleine Refugien. Auch dann, wenn sie leer und verwaist sind. Und ringsum das Leben tobt. Hinter all den Bürotüren links und rechts, in

den Ausschusssälen des Paul-Löbe-Hauses, in Sitzungszimmern und Beratungsräumen, im Plenarsaal und auf den Fluren und Gängen.

Manche dieser Refugien sind sehr begehrt. Da treffen sich häufig die gleichen Leute, sitzen auf rotem oder schwarzem Leder, legen ihre Handys auf die Tische, rücken lang gepflegte Pflanzen beiseite und reden über

Gott und die Welt. Für sie muss es diese Sitzecke sein, weil hier mittags, wenn man Glück hat, die Sonne scheint. Oder weil der Blick aus dem Fenster spektakulär ist. Hat sich da draußen doch ein Elsternpaar seine eigene Kuschecke gebaut.

Sitzecken sind eine freundliche Geste. Man nimmt sie gern.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier

# KLEINE

# REFUGIEN



Das Ticket für die Rückkehr ins Berufsleben? Abrissmarken im Arbeitsamt Kassel.

## Forum: Zwischenbilanz Hartz IV

# Feinjustierung oder Generalrevision?

„Hartz IV“ steht auf dem Prüfstand. Die hochgesteckten Erwartungen an die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik wurden bislang enttäuscht. Die registrierte Arbeitslosigkeit verharrt nach wie vor weit über der 4-Millionen-Marke. Die geplanten Einsparungen für den Staat blieben aus, und die Effizienzgewinne bei der Vermittlung der Stellensuchenden nehmen sich bestenfalls bescheiden aus. Angesichts der öffentlichen Debatte um das so titulierte „Milliardengrab Hartz IV“ beschleicht die Steuerzahler der Verdacht, der Staat gehe nicht sorgsam genug mit den ihm anvertrauten Geldern um. Arbeitslosengeld-II-Empfänger wiederum fühlen sich als Sozialschmarotzer diffamiert und klagen über Leistungskürzungen.

Ist Hartz IV nach nur anderthalb Jahren schon gescheitert? „An der grundsätzlichen Idee, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen, zweifle ich auch heute nicht – sie ist und bleibt richtig“, sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) allen Problemen zum Trotz. „Aber das Hauptanliegen heißt, sich nicht in Hartz IV einzurichten – sondern aus Hartz IV wieder in richtige Arbeit zu kommen.“ Merkel gibt damit die Grundrichtung der Debatte vor. Weitgehend Einigkeit besteht auch bei dem Befund, dass Hartz IV nicht zum sozialen Abstellgleis verkümmern darf. Gleichwohl ist eine Diskussion darüber entbrannt, wie weiter zu verfahren ist. Reichen kleinere Nachjustierungen aus oder ist doch eine „Generalrevision“ nötig? Die Kontroverse rührt an Kernfragen der sozialen Gerechtigkeit – und an der Positionierung der Großen Koalition werden die Wähler beurteilen, welche Richtung das Land in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einschlägt.

Die aktuelle Debatte in Gang gesetzt hat die ungünstige Entwicklung der Ausgaben. Zu den angesetzten 24,4 Milliarden Euro wird der Bund im laufenden Jahr womöglich drei Milliarden Euro zuschießen müssen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) spricht vom „größten Haushaltsrisiko“ und prophezeit: „Wenn wir alles so lassen, wie es ist, fährt der Sozialstaat in zehn Jahren gegen die Wand.“ Ähnlich sehen das auch die Kommunen, die über die Unterhaltskosten an der Unterstützung der Langzeitarbeitslosen beteiligt sind. Selbst einige Wohlfahrtsverbände sprechen sich inzwischen dafür aus, bei den Transferleistungen zu sparen – weil sonst zu wenig Geld für andere soziale Projekte zur Verfügung stehe.

### Explosive Kostenbilanz

Ist Hartz IV „Armut per Gesetz“, wie die Reformgegner bis heute beklagen? Oder ist Hartz IV im Gegenteil sogar ein Programm zum „unkontrollierten Sozialaufbau“, wie der Direktor des

arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, mutmaßt? Die Bewertung hängt davon ab, auf welche Zahlen man schaut. Wie kann es sein, dass Hartz IV einerseits Milliarden zu verschlingen scheint, die meisten Erwerbslosen, die früher Arbeitslosenhilfe bezogen haben, nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aber trotzdem schlechter dastehen als vor der Reform? Aufschluss über die Kostenentwicklung gibt ein Bericht des Arbeitsministeriums. Danach gaben Bund, Länder und Gemeinden 2004, also im letzten Jahr vor Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform, 38,6 Milliarden Euro für Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld aus. 2005, im ersten Jahr von Hartz IV, zahlte der Staat insgesamt 44,4 Milliarden Euro für die Grundsicherung. Wäre es beim alten System geblieben, so eine Hochrechnung des Ministeriums, dann hätte der Staat 2005 insgesamt 43,5 Milliarden Euro locker machen müssen.



## Optimierung notwendig

Ilse Falk, CDU/CSU



ilse.falk@bundestag.de  
www.ilse-falk.de

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war richtig. Hierzu gibt es aus meiner Sicht keine Alternative. Von Anfang an war auch klar, dass eine derart komplexe Materie nach einer solch grundlegenden Umstellung der weiteren Begleitung durch den Gesetzgeber bedarf und an der einen oder anderen Stelle eine Nachjustierung notwendig sein wird. Nach etwa 18 Monaten Hartz IV hat der Gesetzgeber erste Erfahrungen der Praxis aufgegriffen und mit dem SGB II Änderungsgesetz und dem SGB II Fortentwicklungsgesetz darauf reagiert.

Der Bericht des Bundesrechnungshofes und die Ausgabenentwicklung in diesem Jahr zeigen, dass ein Nachsteuern auch in Zukunft nötig sein wird. Weil wir die Kürzung der Regelleistungen nicht zur Debatte stellen wollen, müssen wir die Kostenentwicklung an sich analysieren.

Mein Grundsatz lautet: Wirklich Bedürftige müssen sich auf die Hilfe der Solidargemeinschaft verlassen können. Aber es kann nicht sein, dass manch einer über staatliche Transferleistungen mehr erhält, als er auf dem Arbeitsmarkt durch Arbeit erzielen würde. Wir müssen also über das Lohnabstandsgebot und die Verpflichtung zur Arbeit bei Leistungsbezug reden, aber wir müssen auch darüber reden, was die Ursachen für die dramatisch gestiegene Zahl von Leistungsbeziehern sein können. In den Gesamtzusammenhang gehört auch die Kombilohndebatte. Im Grunde haben wir mit Hartz IV bereits ein breit angelegtes Kombilohnmodell geschaffen. Die Entwicklung im Bereich der Aufstock-, Ergänzungs- und Übergangsleistungen muss deshalb in diese Debatte mit einfließen.

Bei alledem müssen wir die Grundzielrichtung des Forderns und Förderns immer vor Augen haben. Es bleibt also auch weiterhin einiges zu tun. Das sind wir auch denjenigen schuldig, die mit ihren Steuern und Abgaben unseren Sozialstaat finanzieren.

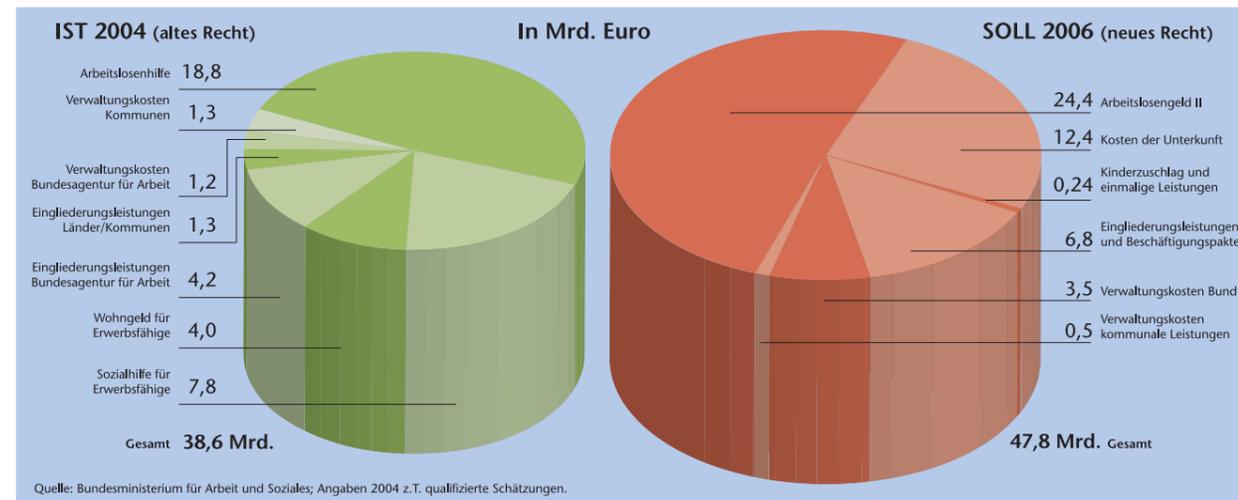
Das sind zwar „nur“ knapp eine Milliarde Euro weniger als unter Hartz IV. IW-Arbeitsmarktpolizist Holger Schäfer gibt aber zu bedenken: „Wir wissen nicht, ob die jetzt sichtbaren Kosten tatsächlich auf mehr Leistungsansprüche

oder schlicht auf mehr Transparenz zurückzuführen sind.“ Denn Hartz IV hat die Kosten der Jobmisere durch die Registrierung der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger erst sichtbar gemacht.

Explosiver fällt die Bilanz aus, wenn man die bisherigen Planungen für 2006 anschaut: Danach soll Hartz IV immerhin 47,8 Milliarden Euro kosten – mit hin rund zehn Milliarden Euro mehr als noch vor zwei Jahren. Für den Bund

## Kosten Hartz IV

Ausgaben für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach altem Recht (Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähige Sozialhilfe) und nach neuem Recht (Grundsicherung für Arbeitslose)



haben sich die die Kosten – gemessen am ursprünglichen Etatansatz von rund 14 Milliarden Euro – bis heute nahezu verdoppelt. Die Zahl der „Bedarfsgemeinschaften“ ist enorm gestiegen. Inzwischen registriert die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund vier Millionen Haushalte oder sieben Millionen Menschen, die von Arbeitslosengeld II abhängig sind.

Doch hat Hartz IV auch Entwicklungen ausgelöst, mit denen beim Abfassen der Gesetzestexte niemand gerechnet hat: Allein die Zahl der „Aufstocker“, die einen niedrigen Lohn durch ergänzendes ALG II aufbessern, stieg inzwischen auf eine Million. Auch „Zellteilungen“ wurden attraktiv, die vermeintliche Trennung von einem (Ehe)Partner, um in den Genuss von Sozialleistungen zu kommen. Jüngere Arbeitslose nutzten die Übernahme der Unterkunftskosten durch die Ämter, um die erste eigene Wohnung zu finanzieren. Und nicht zuletzt, so kritisiert der Bundesrechnungshof, waren oder sind die

Behörden mit der Flut der Langzeitarbeitslosen augenscheinlich überfordert. Weder die Vermögensverhältnisse noch die Krankmeldungen der Antragsteller würden hinreichend geprüft. Hinweisen, dass Hartz-IV-Empfänger gegen Auflagen verstießen, seien die Vermittler in sechs von zehn Fällen nicht nachgegangen.

## Keine Zeit für Vermittlung

Auf der anderen Seite bleibt auch für die Vermittlung offensichtlich zu wenig Zeit. Rund die Hälfte der Langzeitarbeitslosen soll den Erkenntnissen der Prüfer zufolge trotz gesetzlicher Vorgaben noch immer keinen „Eingliederungsvertrag“ für die Rückkehr ins Berufsleben angeboten bekommen haben. Die bereitgestellten Milliarden für Weiterbildungskurse werden von den Arbeitsagenturen nur zögerlich abgerufen, die Jobcenter setzen überwiegend auf die umstrittenen Ein-Euro-Jobs, bei denen teilweise Verdrängungseffekte auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen.

Auf die Kritik hat die Bundesregierung inzwischen reagiert. Seit April können Hartz-IV-Empfänger nur noch in Ausnahmefällen von zu Hause ausziehen. Den Rentenbeitrag für Langzeitarbeitslose hat die Regierung von 78 auf 40 Euro im Monat gekürzt. Einsparungen: mehr als zwei Milliarden Euro. Mit dem so genannten Fortentwicklungsgesetz sollen ab 2007 weitere 1,5 Milliarden Euro gespart werden. Kern der mehr als 70 geplanten Änderungen sind empfindliche Sanktionen für Arbeitsunwillige, Sofortangebote, mehr Kontrollen und eine Beweislastumkehr für eheähnliche Gemeinschaften. Wer binnen eines Jahres drei Job- oder Weiterbildungsangebote ablehnt, kann bis zu 100 Prozent der Geldleistung gestrichen bekommen, auch bei den Mietkostenzuschüssen drohen Kürzungen. Wer zwei Angebote ausschlägt, muss mit 60 Prozent Kürzung rechnen. Um die Arbeitswilligkeit zu prüfen, soll jeder Hartz-IV-Neuling ein Job- oder Förderangebot bekommen.



## Kürzen ist kein Reformkonzept

Klaus Brandner, SPD

Mit dem SGB II haben wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jahr 2005 zusammengelassen, um allen Arbeitslosen nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns gleiche Chancen zu bieten und Hilfen aus einer Hand zu gewähren. Ein so umfangreiches Reformvorhaben ist komplex. Flexible Anpassungen sind daher immer wieder notwendig. Erfahrungen mit vergleichbaren Reformen im Ausland zeigen, dass es bis zu fünf Jahre dauert, bevor sie umfassend wirken. Unsere Gesetzgebung ist eine lernende Gesetzgebung. Die gesammelten praktischen Erfahrungen machen deutlich, dass Optimierungsbedarf besteht. Mit dem Fortentwicklungsgesetz haben wir dies aufgegriffen.

Dieses Gesetz ist nicht nur ein Spargesetz. In der Tat sollen in den kommenden Jahren Einsparungen erzielt werden, die sich insbesondere aus der Verbesserung der Verwaltungsabläufe, aber auch aus der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch ergeben. Mit dem Fortentwicklungsgesetz verbessern wir jedoch auch die Eingliederung Arbeitsloser und schließen Lücken im Leistungsrecht. Einen Bedarf für eine Generalrevision von Hartz IV gibt es jedoch nicht, sondern einen Korrekturbedarf bei der Umsetzung durch die Behörden. Der Bericht des Bundesrechnungshofes hat dies deutlich gemacht: Das Fördern wurde bisher nicht richtig umgesetzt und die gesetzlichen Möglichkeiten bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Wir müssen die noch ausstehenden Ergebnisse der Evaluation nutzen. Wir dürfen die Menschen nicht verunsichern durch immer neue Debatten über vermeintliche Reformbedarfe. Auch der Ombudsrat hält eine Generalüberholung für nicht notwendig.

Kürzen ohne Sinn und Verstand ist kein Reformkonzept. Weniger Arbeitslose gibt es nur durch mehr Fördern. Klar ist auch: Wer den befristeten Zuschlag zum Arbeitslosengeld II abbauen will, der bestraft ganz bewusst die Menschen, die vorher Beiträge gezahlt und lange gearbeitet haben.

klaus.brandner@bundestag.de  
www.klausbrandner.de



## Wir fordern Generalrevision

Heinrich Kolb, FDP

Die ausufernden Kosten für das Arbeitslosengeld II sind ein Beleg für eine Vielzahl von Konstruktionsfehlern. Keines der Ziele „bessere Betreuung, schnellere Vermittlung in Beschäftigung, vor allem von Langzeitarbeitslosen, und geringere Kosten“ wurde erreicht. Von der Umsetzung der Forderung, dass derjenige, der arbeitet, mehr zum Leben haben muss, als derjenige, der arbeiten kann, aber allein von staatlichen Transferleistungen lebt, sind wir weit entfernt.

Zwar enthalten die Korrekturen richtige Ansätze: Wir dürfen Leistungsmissbrauch zu Lasten der Steuerzahler nicht zulassen. Aber: Das Grundproblem der ungeklärten Kompetenzverteilung zwischen Bundesagentur für Arbeit (BA), Kommunen und Arbeitsgemeinschaften wird nicht behoben. Die ersten knapp anderthalb Jahre SGB II haben gezeigt: Die Verschiebepflichten wurden nicht beseitigt, im Gegenteil. Jetzt sind für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen teils die Kommunen, teils die Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Arbeitsagentur und teils die BA allein zuständig. Die erzwungene Kooperation zwischen der BA und den Kommunen funktioniert nicht.

Wir brauchen und wir fordern klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten! Richtig wäre es, die Kommunen mit der Aufgabe der Reintegration von Langzeitarbeitslosen zu betrauen. Sie sind näher an den Betroffenen und in der Lage, der besonderen Situation der Langzeitarbeitslosen gerecht zu werden. Ungeklärt ist die Aufteilung der Kostentragungspflicht zwischen Bund und Kommunen für die Kosten für Unterkunft und Heizung für die Zeit nach 2006. Die ursprünglich von SPD und CDU/CSU im Gesetzgebungsverfahren zum Optionsgesetz vereinbarte Revisionsklausel hat sich als undurchführbar erwiesen. Die Kommunen brauchen aber rechtzeitig Planungssicherheit.

Mit einer Fortentwicklung des SGB II ist es nicht getan. Wir fordern eine Generalrevision der Reform!

heinrich.kolb@bundestag.de  
www.heinrich-kolb.de

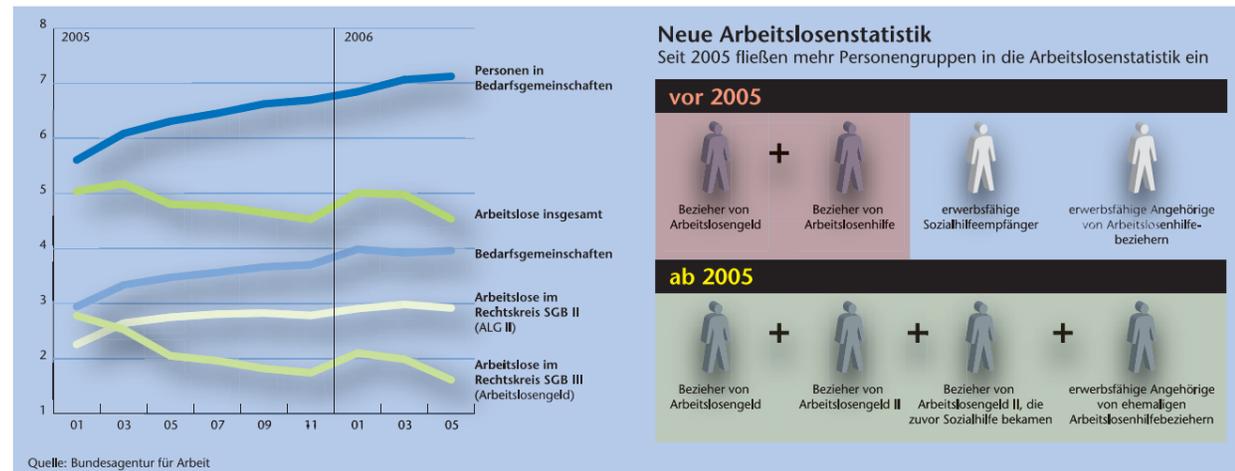
Ob die eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, wird jedoch zunehmend bezweifelt. „Das Grundproblem ist und bleibt, dass nicht ausreichend Arbeitsplätze da sind. Dafür dürfen Arbeitslose nicht auch noch bestraft werden“, kritisiert DGB-Sozialexpertin

Annelie Buntenbach. „Genauso unerträglich ist, dass Langzeitarbeitslose unter einen generellen Missbrauchsverdacht gestellt werden und das Prinzip Fördern und Fordern zum großen Lauschangriff mutiert.“ Tatsächlich werden schärfere Sanktionen und

Kontrollen allein kaum die Arbeitsmarktsituation verbessern. Die BA beziffert die Missbrauchsquote mit relativ moderaten sechs Prozent. „Prinzip muss sein, dass der, der arbeitet, merklich besser dastehen muss als der, der in der Arbeitslosigkeit verharrt“,

## Arbeitslose und Bedarfsgemeinschaften

Entwicklung seit Einführung des ALG II im Januar 2005



## Hartz IV überwinden

Katja Kipping, Die Linke.

Das Hartz IV für Unzufriedenheit sorgt, verwundert nicht. Gingen doch die Hartz-Gesetze von Anfang an von den falschen Annahmen aus. Zum Beispiel davon, dass man nur den Druck auf Erwerbslose erhöhen müsse, dann würden diese schon Arbeit finden. Diese Logik kann aber nicht greifen. Im Durchschnitt kommen in den alten Bundesländern auf eine offene Stelle 15 Arbeitssuchende. Egal wie groß der Druck auf den Einzelnen ist, von den 15 müssen 14 leer ausgehen. Mathematik lässt sich halt nicht austricksen. Insofern reichen bei Hartz IV keine kosmetischen Korrekturen, sondern es muss grundlegend überwunden werden, wobei es nicht darum gehen kann, in den Zustand davor zurückzufallen.

Die Linke hat in einem eigenen Antrag ihre Alternativen benannt. Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld II ersetzt wird durch eine repressionsfreie soziale Grundsicherung. Diese soll ein Leben jenseits der Armut ermöglichen. Ein erster Schritt dazu wäre die Anhebung des Regelsatzes auf 420 Euro. Zudem soll das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft durch das Individualprinzip abgelöst werden. Nicht staatlich verordnete finanzielle Abhängigkeiten sollen die Grundlage des Zusammenlebens bilden, sondern gegenseitige Zuneigung. In der Arbeitsmarktpolitik schlagen wir den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors vor. Anstelle von schlecht bezahlten, viel zu kurz angelegten Ein-Euro-Jobs sollten längerfristige sozialversicherungspflichtige Stellen, zum Beispiel Schulsozialarbeiter, geschaffen werden.

All dies muss natürlich finanziert werden. Dazu bedarf es einer Neuausrichtung der Steuerpolitik. Die bisherige Großzügigkeit gegenüber Vermögenden und Unternehmen mit großen Gewinnen kann sich unser Gemeinwesen einfach nicht mehr leisten.

katja.kipping@bundestag.de  
www.katja-kipping.de

fordert der Chef der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup. Im Visier der Kritiker stehen insbesondere die Zuschläge beim Übergang vom beitragsfinanzierten Arbeitslosengeld I zum steuerfinanzierten ALG II, die im ersten Jahr bis zu 160 Euro pro Monat betragen. Würden diese gestrichen, könnte der Bund weitere 700 Millionen Euro sparen. Zusätzlich sollte nach Einschätzung von Ökonomen die anrechnungsfreie Hinzuverdienstgrenze von derzeit nur 160 Euro monatlich spürbar angehoben werden, damit sich die Aufnahme eines Jobs neben Hartz IV lohnt.

Tabu ist indes eine Veränderung der Regelsätze, die sich seit Anfang Juli im Osten wie im Westen auf 345 Euro monatlich belaufen. Exakt 339,64 Euro frei verfügbare Geldleistungen erhält nach BA-Angaben im Schnitt jede Bedarfsgemeinschaft. Zählt man Leistungen für Unterkunft, Heizung und Sozialversicherungsbeiträge hinzu, summieren sich die Leistungen pro Hartz-IV-Haushalt auf durchschnittlich

831 Euro pro Monat. In Einzelfällen, etwa bei einem erwerbslosen Ehepaar mit zwei Kindern, können die staatlichen Transfers einschließlich der Wohnkosten aber auch auf bis zu 1.900 Euro im Monat steigen. Bei einer 40-Stunden-Woche müsste ein Alleinverdiener mit Familie mindestens zwölf Euro netto pro Stunde verdienen, um ein vergleichbares Einkommen wie als ALG-II-Empfänger zu erzielen – ein Stundensatz, von dem Taxifahrer oder Friseur mit Bruttostundenlöhnen von teils deutlich unter fünf Euro oft nur träumen können.

Damit ist die größte Herausforderung für die große Koalition benannt: Sie muss Hartz IV so umgestalten, dass sich die Aufnahme einer Beschäftigung lohnt – und sie muss zugleich dafür sorgen, dass erwerbslose Hilfeempfänger auch in Zukunft eine menschenwürdige Existenz bestreiten können.

Text: Peter Hahne

## ALG II-Haushaltseinkommen Alleinstehende/-r, West

Miete + Heizung 317 Euro, Früheres Bruttoeinkommen 1.500 Euro

Bedarfsberechnung	
Regelleistung	345,00
Unterkunft und Heizung	317,00
<b>Bedarf insgesamt</b>	<b>662,00</b>

Zu berücksichtigende Einkommen	
Zu berücksichtigendes Einkommen	0,00

Berechnung ALG II	
ALG-II-Leistung	662,00
Zuzüglich befristeter Zuschlag* (im 1. Jahr nach ALG I)	+31,00
Zuzüglich befristeter Zuschlag* (im 2. Jahr nach ALG I)	+16,00

Haushaltseinkommen mit ALG II	
im 1. Jahr nach ALG I	693,00
im 2. Jahr nach ALG I	678,00
ab 3. Jahr nach ALG I	662,00

\* der befristete Zuschlag soll finanzielle Härten beim Übergang von ALG I zu ALG II ausgleichen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



## Hektisches Herumwerkeln

Brigitte Pothmer, Bündnis 90/Die Grünen

Nicht die gesetzlichen Regelungen, sondern die Mängel bei deren Umsetzung sind das Problem von Hartz IV. Der Bundesrechnungshof hat es bestätigt: Die Versäumnisse sowohl bei der Förderung von Arbeitslosen als auch bei der Überprüfung von Leistungsansprüchen sind eklatant. Ein Großteil der Mittel für Integrationsmaßnahmen ist nicht eingesetzt worden. Zugleich gibt es in den Agenturen zu wenig oder nur unzureichend qualifiziertes Personal. Nach über sieben Monaten hat es bei einem Drittel der Arbeitssuchenden noch keine Eingliederungsgespräche gegeben. So kann die Vermittlung in Arbeit nicht vorankommen.

Das hektische Herumwerkeln der Großen Koalition an der Grundsicherung für Arbeitslose muss aufhören. Immer neue Bestimmungen (allein rund 70 im Rahmen des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes) sorgen nicht für bessere Beratung und Vermittlung. Die Regierung verabschiedet sich vom Prinzip des „Förderns und Forderns“, bevor es noch richtig wirken konnte; die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Hartz IV wurden gar nicht erst abgewartet. Stattdessen wurde eine Missbrauchsdebatte geschürt, um die Begründung für verschärfte Sanktionen zu liefern. Die Umsetzung muss qualifiziert werden, einzelne Regeln müssen optimiert werden und vor allem muss die Beschimpfung der Hilfebedürftigen aufhören – so stellen wir uns die Weiterentwicklung von Hartz IV vor.

Mit dem Gesetz sollten die Verschiebebahnhöfe zwischen Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit beendet und das ungerechte Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe aufgehoben werden. Außerdem sollte die verdeckte Armut durch den diskriminierungsfreien Zugang zu einer Grundsicherung abgebaut werden. Beide Ziele halten wir nach wie vor für richtig und an beiden Zielen werden wir festhalten. Wir wissen: Hartz IV kann nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, es kann aber dazu beitragen, die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu verbessern.

brigitte.pothmer@bundestag.de  
www.pothmer.de



Michael Meister



D E B A T T E

Der Name klingt harmlos: Haushaltsbegleitgesetz. Doch hinter dem vom Bundestag vor der Sommerpause beschlossenen Gesetz steckt Brisantes: die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik.

### Streitgespräch: Steuern und Finanzen

Rund 25 Milliarden Euro verlangt die Große Koalition von den Bürgern, damit Staatsfinanzen und Haushalt wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Notwendige Rosskur oder falsche Therapie zur falschen Zeit? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion Michael Meister und dem haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Jürgen Koppelin.



Jürgen Koppelin

# Notwendige Rosskur oder falsche Therapie?

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Meister, warum betreibt die Große Koalition eine rigorose Politik der Mehreinnahmen? Warum Steuererhöhungen, die nicht nur unpopulär, sondern auch konjunkturell fragwürdig sind?

**Michael Meister:** Wir haben bei der Regierungsübernahme eine Lage vorgefunden, in der jeder vierte Euro, den der Bund ausgegeben hat, nicht durch Einnahmen gedeckt war. Insgesamt betrifft das ein Volumen von 60 Milliarden Euro. Mit Blick auf nachfolgende Generationen ist das absolut unverantwortlich. Deshalb mussten wir dringend eine Kurskorrektur vornehmen. Dabei haben wir uns für einen Mix aus Ausgabenkürzungen, Anstößmaßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum und aus Einnahmeerhöhungen entschieden. Konkret heißt dies: Wir haben die Ausgaben in einem Volumen von mehr als zehn Milliarden Euro reduziert. Das war eine große Anstrengung. Wir haben viel Geld in die Forschung gesteckt und als letzten Schritt haben wir den Mut auch zu Steuererhöhungen gehabt.

**Blickpunkt:** Ist das auch Ihre Sicht, Herr Koppelin? Ist dieser Mix richtig?

**Jürgen Koppelin:** Nein, er ist nicht richtig. Herr Meister weiß es eigentlich auch besser, denn in der Oppositionszeit hat er ganz anders gesprochen. Wir haben ein anderes

Konzept. Das lautet: Ausgaben drastisch reduzieren – und da ist noch erheblicher Spielraum – und dann den Arbeitsmarkt stimulieren. Denn der ist das Entscheidende. Dazu gehören auch ein radikaler Bürokratieabbau und eine Gesetzgebung, die Unternehmensgründungen nicht behindert, sondern fördert. Unser Haushalt kann nur saniert werden, wenn wir den Arbeitsmarkt wieder in Ordnung bringen.

**Blickpunkt:** Macht es sich die Regierungsseite nicht tatsächlich zu leicht, wenn sie, statt zu sparen oder strukturell umzubauen, den bequemsten Weg der Steuererhöhung geht?

**Meister:** Das sehe ich nicht so. Wir haben über zehn Milliarden Euro innerhalb von sechs Monaten auf der Ausgabenseite eingespart. Das sollte man anerkennen. Das ist die größte Sparleistung, die je eine Regierung in so kurzer Zeit erbracht hat. Das, was Kollege Koppelin angesprochen hat, ist in der Struktur richtig und wird auch von uns anerkannt. Zunächst aber mussten wir alles tun, um den Haushalt wieder auf gesunde Beine zu stellen und die Kriterien von Maastricht einzuhalten. Also: Man muss das eine tun, ohne das andere zu unterlassen.

**Koppelin:** Leider ist es nicht so, dass Große Koalitionen

auch Großes leisten. Schon die erste Große Koalition hat sich eher gegenseitig blockiert als mutige Zukunftsschritte unternommen. Das liegt einfach an den großen Unterschieden. Jetzt ist das wieder so: Vor der Bundestagswahl hat die SPD gesagt, gar keine Mehrwertsteuererhöhung, die Union hat zwei Prozent Erhöhung angedeutet und nun bekommen wir drei Prozent. Das ist die neue Logik dieser Koalition. Natürlich haben alle Parteien – auch die FDP – Verantwortung für unsere viel zu hohe Verschuldung, und alle müssen dazu beitragen, dies wieder zu ändern. Aber Steuererhöhungen sind das falsche Rezept. Das richtige lautet: Steuern runter!

**Blickpunkt:** Wer soll das eigentlich alles bezahlen – höhere Mehrwertsteuer, höhere Versicherungssteuer, höhere Spritpreise bei gleichzeitig geringerer Pendlerpauschale, kleinerem Sparerfreibetrag, kürzerer Laufzeit beim Kindergeld? Können Sie sich in die Lage einer normalen Familie hineinversetzen, für die alles erheblich teurer und enger wird?

**Meister:** Natürlich. Aber die Alternative wäre doch nur, die heutigen Verteilungskonflikte zu Lasten künftiger Generationen zu verschieben. Dies halte ich gerade mit Blick auf Familien für die ungerechteste Antwort, die man

geben kann. Wir müssen schon selber dafür sorgen, dass wir das, was wir ausgeben wollen, auch gegenfinanzieren. Natürlich brauchen wir auch strukturelle Maßnahmen, damit das Land längerfristig das finanzieren kann, was man zu Recht von ihm erwartet. Daneben brauchen wir günstigere Konditionen bei den Lohnnebenkosten und beim internationalen Wettbewerb. Hier lauten die Stichworte Unternehmenssteuern und Kapitalertragssteuern. Hier entwickeln wir gerade neue Eckpunkte.

**Koppelin:** Zwei Dinge gilt es festzuhalten. Erstens: Im Grunde hat der Staat genug Einnahmen, er geht nur nicht vernünftig damit um. Zweitens: Die Menschen müssen wieder mehr Geld in die Tasche bekommen. Deshalb brauchen wir Steuersenkungen und keine Erhöhungen. Denn die Menschen können besser mit dem Geld umgehen als der Staat. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen uns und Ihnen. Die Koalition glaubt, dass der Staat am besten mit dem Geld umgehen kann und sorgt dann für die Menschen. Dadurch entstehen immer wieder Reformen, an deren Ende doch dann wieder die Bürger zahlen. Damit muss Schluss sein. Denn die Bürger haben dafür kein Geld mehr. Sie selbst müssen mit Verantwortung und mit Geld ausgestattet werden, um für sich zu sorgen.



### JÜRGEN KOPPELIN (FDP),

Jahrgang 1945, ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der ehemalige Rundfunkredakteur und gelernte Bankkaufmann ist haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages.

juergen.koppelin@bundestag.de  
www.juergen-koppelin.de

**Blickpunkt:** Wo kann man denn noch deutlich sparen, um den Bürger zu entlasten?

**Koppelin:** Ich gebe ein Beispiel: Wir haben 1994 für die Bundeswehr Eurofighter bestellt. Nun hat sich die Sicherheitslage entscheidend verändert, dennoch halten wir an der viel zu hohen Stückzahl fest, die wir gar nicht mehr brauchen. Aber wir bewegen uns nicht! Ähnlich ist es in vielen anderen Bereichen.

**Meister:** Gut, nehmen wir dieses Beispiel. Sie verschweigen dabei, dass wir Vertragsbeziehungen haben, die eine Senkung der Kosten unmöglich machen. Würden wir uns dem entziehen, müssten wir Konventionalstrafe zahlen. Also sind die Einsparungen hier gleich null. Also bitte keine Vorschläge machen, die nicht tragfähig sind.

**Blickpunkt:** Wichtiges Ziel der Steuererhöhungen ist ja, endlich wieder einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen. Wann wird dies sein, denn der soeben verabschiedete Haushalt 2006 ist es ja nicht?

**Meister:** Immerhin halten wir die Ausnahmeregel unserer Verfassung ein. Aber ab 2007 und alle folgenden Jahre wollen wir das normale Regelwerk unbedingt wieder einhalten. Mittelfristig ist unser Ziel ein ausgeglichener Haushalt. Dass gibt uns ja auch der Stabilitätspakt von Maastricht vor.

**Koppelin:** Das ist weitgehend Wunschenken. Ihr eigener Finanzminister hat von den Risiken gesprochen, von denen Sie umgeben sind. Wenn nicht auf dem Arbeitsmarkt endlich etwas geschieht – und hier sehe ich keine Bewegung –, werden Sie kaum Erfolge haben. Es fehlt einfach an Ideen in der Koalition, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

**Blickpunkt:** Warum steckt die Koalition den Löwenanteil aus den Steuererhöhungen nicht in die Senkung der Lohnnebenkosten, um so Arbeit billiger zu machen? Dazu hat nachdrücklich ja auch der Bundespräsident gemahnt.

**Meister:** Ich hätte auch lieber das gesamte Geld, das wir einnehmen, zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt. Aber ich habe die Ausgangslage ja geschildert. Wenn man in der Regierung ist, muss man sich mit den Realitäten auseinandersetzen, theoretische Seminare nützen da nichts. Immerhin geben wir einen Prozentpunkt der Mehrwertsteuererhöhung in die Senkung der Arbeitslosenversicherung. Wichtiger ist, dass es zu strukturellen Veränderungen kommt,

damit es zu weiteren Senkungen kommen kann. Das gilt gleichermaßen auch für den Bereich Gesundheit.

**Blickpunkt:** Wird die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nicht durch höhere Krankenkassenkosten, die ja schon angekündigt sind, wieder neutralisiert?

**Koppelin:** So ist es. Es bleibt wieder einmal nichts übrig. Dabei ist die Förderung der Binnennachfrage das Entscheidende zur Entkrampfung unserer Staatsfinanzen. Also muss man die Steuern senken. Das könnte und würde Arbeitsplätze schaffen. Am Ende hätte der Finanzminister sogar mehr Geld. Andere Länder haben uns das vorgemacht.

**Blickpunkt:** Herr Meister, Herr Koppelin: Welche Note hat sich die Koalition, die ja mit großen Versprechungen angetreten ist, mit ihrer Haushalts- und Steuerpolitik verdient?

**Meister:** Wir haben unsere eigenen Vorgaben zeitgerecht umgesetzt, sind in unserer Steuerpolitik im Fahrplan, deshalb würde ich ein „Gut“ vergeben.

**Koppelin:** Ich sehe das anders: Die „Versetzung“ der Koalition ist stark gefährdet.

### **i** Reden Sie mit beim Thema „Steuern und Finanzen“:

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

Die TV-Aufzeichnung dieses Streitgesprächs kann im Web-TV des Bundestages angesehen werden: [www.bundestag.de/live/tv](http://www.bundestag.de/live/tv)

### MICHAEL MEISTER (CDU/CSU),

Jahrgang 1961, ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Diplom-Mathematiker ist stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss sowie im Haushaltsausschuss des Bundestages.

michael.meister@bundestag.de  
www.meister-schafft.de



# Eugen Gerstenmaier und der Widerstand

## ESSAY

Ein Essay von Peter Steinbach

Vor dem Volksgerichtshof wegen Hochverrats an der Seite von Moltke, Haubach und Delp verurteilt zu werden, kam Gerstenmaier vor, als lief er am „Steilabfall der Hölle“ entlang. In der Tat wollte der Blutrichter Freisler alle Angeklagten des VGH das Fürchten lehren. Die Regimegegner, die mit dem Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 den entscheidenden Wurf gewagt hatten, hatten jedoch die Rolle verkehrt, die Freisler spielen wollte. Denn sie führten ihn vor und machten deutlich: Er war ein Scherz, sie selbst aber waren Täter des Widerstands und keineswegs nur Opfer des Regimes. Peter Graf Yorck erwähnte mutig „die vielen Morde“, die ihn zur Tat getrieben hätten. Wirmer reagierte auf den Fluch Freislers, er möge zum Teufel fahren, trocken mit „Nach ihnen!“. Eugen Gerstenmaier verteidigte sich anders. Er stellte sich als unbedarfter, „weltfremder Kirchenmensch“ dar. Was gab ihm die Kraft, nicht alle Hoffnung fahren zu lassen? Vor der Urteilsverkündung wurde ihm bewusst, dass das bei Jeremias überlieferte Gotteswort ein Quell seiner Widerstandskraft war. „Fürchte dich nicht, mein Knecht, spricht der Herr, denn ich bin bei dir. Mit dir will ich nicht ein Ende machen, sondern ich will dich züchtigen mit Maßen, auf das ich dich nicht ungestraft lasse.“ Später wurde hämisch kolportiert, nicht Gerstenmaiers Weltfremdheit habe Freisler aus dem Konzept gebracht. Das Ministerium für Staatssicherheit verbreitete, er habe mit dem Regime kollaboriert, seine engsten Freunde verraten. Das war eine Infamie, die die Diffamierung des Widerstands in der deutschen Nachkriegsgesellschaft noch übertraf.



Eugen Gerstenmaier verteidigt sich vor dem Volksgerichtshof.

Mit der langen Zuchthausstrafe, die wegen seiner Mitgliedschaft im Kreisauer Kreis verhängt worden war, endete die Zeit seiner Prüfungen keineswegs, denn nur wenige Politiker wurden in den Dunst der Missgunst, des Gerüchts und der Häme gerückt wie Gerstenmaier. Von Haus aus Theologe, hatte er zunächst eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Außenbeziehungen seiner Kirche gespielt. Dabei war er in Widerspruch zu Bonhoeffer geraten, der ökumenischer handelte und viel pazifistischer dachte als Gerstenmaier. Das lastete man ihm in Kirchenkreisen lange an. In der Tat waren beide niemals warm geworden. Bonhoeffer hatte nicht erkannt, welche Wandlungen Gerstenmaier hinter sich hatte, als er im engsten Kern der Kreisauer aufgenommen wurde und schon bald keineswegs nur über das Danach sprechen, sondern für den Umsturz handeln wollte. Deshalb wurde er von Yorck

am Tag des Attentats in den Bendlerblock, das Zentrum des Umsturzes, gerufen.

Gerstenmaier überlebte das Jahr 1945 und schloss sich rasch der CDU an, in der sich viele bürgerliche Regimegegner sammelten. Nach dem Tode von Hermann Ehlers wurde er für lange Zeit in eines der höchsten Ämter der jungen Bundesrepublik gewählt. Als Präsident des Bundestages prägte er entscheidend den neuen parlamentarischen Stil mit. Das bedeutete unausweichlich, auch anständig zu sein. Adenauer erfuhr das leidvoll. Nur wenige erkannten, dass sich Gerstenmaier in seiner Unbeirrbarkeit

und Kantigkeit treu blieb, dass er die Verhaltensweise kultivierte, die ihm ermöglicht hatte, sich gegenüber dem NS-Staat zu behaupten.

Er suchte keineswegs den Kompromiss um jeden Preis und kultivierte auch nicht den Konsens, sondern er wollte politische Klärungen durch Konfrontationen herbeiführen. Nation? Für ihn kein überlebter Begriff im geteilten Deutschland! Nationalbewusstsein, gar Nationalstolz? Natürlich, deshalb hatte er doch gerade unter der Pervertierung des Nationalgefühls durch die Nationalsozialisten gelitten! Unerbittlich

rechtfertigte er den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und lehnte die Teilung des Widerstands im Kalten Krieg ab. Kein Regimegegner sei nur für eine Hälfte Deutschlands gestorben! Angesichts des Mutes und der Konsequenz, mit der er den Widerstand verteidigte, mutet es im Rückblick geradezu schäbig an, dass seine Weggefährten Eugen Gerstenmaier nicht davor bewahrten, sich mit wachsender Verzweiflung gegen das Unrecht zur Wehr zu setzen, dass das VGH-Urteil für ihn, den leidenschaftlichen Theologen, auch beruflich bedeutet hatte. Schließlich kapitulierte er. Nach dem Rücktritt wurde es still um ihn. „Streit und Fried hat seine Zeit“, vermittelten seine Erinnerungen. Streitbare Geister wie ihn hätten der Politik mehr nützen können als die außengeleiteten Jasager, denen er sich nicht beigefügt wollte.

Am 25. August 2006 wäre Eugen Gerstenmaier 100 Jahre alt geworden.



Peter Steinbach, Jahrgang 1948, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe (TH) sowie wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

## Drei Fragen an Abgeordnete

### Herr Ahrendt, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Einen Lieblingsort zu benennen, fällt mir schwer, da Berlin für mich noch recht neu ist und ich sehr fasziniert von der Vielzahl des kulturellen Angebots bin. Als Jogger aber hat es mir vor allem der nahe gelegene Tiergarten angetan – nach einem langen Bürotag kann ich dort herrlich entspannen.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Nach dem überraschend guten Start unserer deutschen Fußball-Nationalmannschaft hatte ich ein Lächeln auf den Lippen.



Christian Ahrendt, FDP.

### Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Mein Schreibtisch ist von Natur aus immer voll. Im Moment allerdings quillt er wegen der am 17. September stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern regelrecht über. Ich hoffe auf mehr Ordnung in der Zeit danach!

**Christian Ahrendt (FDP), Jahrgang 1963, ist 2005 über die Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Er ist Sprecher für EU-Regional- und Strukturpolitik seiner Fraktion und ordentliches Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union.**

## Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Wir Wettermacher“ von Tim Flannery.



Hans-Kurt Hill, Die Linke.

Als energiepolitischer Sprecher meiner Fraktion finde ich momentan nicht viel Zeit zum Lesen spannender Bücher. Das Lesesummen ist zwar enorm, seit ich im Herbst letzten Jahres erstmals in den Bundestag einzog. Doch trotz aller wichtigen Inhalte hat der tägliche Stoff nicht immer einen Spannungsbogen oder einen Showdown.

Daher war ich sehr dankbar, als ich auf das Buch „Wir Wettermacher“ stieß. Es verspricht gebündeltes Wissen und Lesespannung zugleich. Tim Flannery ist es gelungen, die Fakten zum vom Menschen gemachten Klimawandel und zu dessen Folgen

schlüssig und interessant darzustellen. Er macht für jede Leserin und jeden Leser deutlich, wie empfindlich der „Luftozean“ unserer Erde ist und wie unsinnig es ist, fossile Rohstoffe wie Kohle und Öl massenhaft und ineffizient zu verfeuern.

Flannery macht aber nicht nur deutlich, welch ein bedrohliches Maß der Klimawandel, der durch unseren verschwenderischen Umgang mit Energie hervorgerufen wird, angenommen hat. Das Buch zeigt auch, dass die Auseinandersetzung mit den Treibhausgasen enorme Chancen für unsere Gesellschaft bietet und wie engagierte NGOs und Politiker bereits handeln. Flannerys Buch ist dabei zu keiner Zeit belehrend. Er nennt spannende Beispiele – im wahrsten Sinne des Wortes aus der Froschperspektive – und er zählt schlicht die neuesten Fakten zusammen. Letzteres ist wiederum zuweilen

bedrückend. Letztlich ist der Klimawandel die Summe verlorener Chancen.

Ich kann nicht verstehen, warum wir auf der einen Seite enorm ausgeklügelte Technologien wie in der IT-Branche nutzen und Autos mit immer ausgefeilterer Technik auf den Markt bringen. Auf der anderen Seite betreiben wir sie mit der primitiven Verfeuerungstechnik des 19. Jahrhunderts. Das ist pure Verschwendung von Wissen und zerstört unsere Lebensgrundlagen. So hat es auch Tim Flannery in seinem Buch beschrieben. Der cleveren Nutzung von Energie und der Verwendung von Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme zur Energiegewinnung gehört deshalb die Zukunft – da bin ich mir sicher.

**Flannery, Tim: Wir Wettermacher, S. Fischer, Frankfurt am Main 2006, 350 Seiten**

**Hans-Kurt Hill, Jahrgang 1950, ist seit 2005 Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Fraktion Die Linke. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.**

## Report: Fotoausstellung im Kunst-Raum Künstler und ihre Werke im Bundestag



Georg Baselitz vor seiner „Melancholie“-Interpretation.

Die Figuren des riesigen Leinwandgemäldes stehen teils kopfüber, ziehen sofort alle Aufmerksamkeit auf sich. In seiner Expressivität drängt das Bild seinen Schöpfer fast aus dem Blickfeld. Ein wenig verloren wirkt Georg Baselitz, wie er im Mantel, die Hände auf das Treppengeländer gelegt, in der Südeingangshalle des Reichstagsgebäudes zu Füßen seines Gemäldes für den Fotografen posiert. In seinem Gesichtsausdruck meint der Betrachter verhaltenen Stolz auf sein Werk – eine Interpretation von Caspar David Friedrichs „Melancholie“ – zu spüren. Müheles behauptet es sich gegen die Monumentalität der Architektur.

Das Porträt von Baselitz vor seinem für den Deutschen Bundestag geschaffenen Gemälde ist Teil eines umfassenden Fotoprojekts von Jens Liebchen: Von 1999 bis 2004 hat der Fotograf mit der Kamera all die berühmten Künstler begleitet, die auf Einladung

des Bundestages Kunstwerke für das Reichstagsgebäude und die neuen Parlamentsbauten in Berlin geschaffen haben. Das ehrgeizige Kunstprogramm sollte bedeutenden Künstlern Gelegenheit geben, sich im Herzstück der deutschen Demokratie, dem Bundestag, mit dem schwierigen Verhältnis von Kunst und Politik auseinander zu setzen.

Baselitz, Gerhard Richter, Sigmar Polke, Jenny Holzer und Neo Rauch – das sind nur einige der Stars der internationalen Kunstszene, die Liebchen von 1999 bis 2004 vor ihren Installationen in den Gebäuden des Bundestages fotografiert hat. Im Reichstagsgebäude sind Schwarz-Weiß-Aufnahmen entstanden, in den anderen Parlamentsbauten hat Liebchen in Farbe fotografiert. Vom 14. Juli bis zum 3. September 2006 sind über 50 dieser eindrucksvollen Künstlerporträts im Kunst-Raum des Deutschen Bundestages zu sehen.

### Reportagefotografie

Eine Ausstellung, die man sich auf keinen Fall entgehen lassen sollte, meint der Kurator der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages, Andreas Kaernbach: „Liebchen ist es gelungen, diesen seltsamen Moment, in dem der Künstler seine Installation an ihrem Bestimmungsort, in der ihm fremden Sphäre der Politik, in Augenschein nimmt, einzufangen. Diese Fremdheit wird in den Porträts spürbar. Indem Liebchen die Begegnung des Künstlers mit seinem Werk in den Bundestagsbauten mit fotografischen Mitteln deutet, sind seine Fotografien eine ganz eigene Reflexion über Kunst und Politik – und damit selbst ein Kunstwerk.“

Liebchen selbst, der früher viel auf Vernissagen in Berlin fotografiert hat, bezeichnet seine Künstlerporträts als „klassische Reportagefotografie“. „Als ich Mitte der neunziger Jahre hörte, dass sich in- und ausländische Künstler an der Gestaltung der Parlamentsgebäude in Berlin beteiligen würden, habe ich sofort bei Andreas Kaernbach



Luc Boltanski und sein Werk „Archiv der Deutschen Abgeordneten“.

angefragt, ob ich mit der Kamera vor Ort dabei sein dürfe“, erzählt der gebürtige Bonner. „Zwei Jahre später rief er mich an: „Nächste Woche geht es los!“ Ganz schön nervös sei er vor der Begegnung mit den berühmten und nicht immer ganz einfachen Künstlern gewesen, gesteht Liebchen. Doch glücklicherweise sei die Zusammenarbeit mit allen sehr unkompliziert verlaufen. Erstmals im Bundestag gezeigt wurde ein Teil der Fotografien im Jahr 2004. Seither präsentiert sie das Goethe-Institut immer wieder in seinen Außenstellen auf der ganzen Welt. Übrigens: Wer nach dem Besuch der Ausstellung Lust bekommen hat, sich die Kunstwerke an Ort und Stelle anzuschauen, sollte sich zu einer der Kunst- und Architekturführungen anmelden, die an jedem Wochenende stattfinden. Informationen erteilt der Besucherdienst des Bundestages.

Text: Nicole Alexander,

Fotos: Deutscher Bundestag, Jens Liebchen

**i Künstler und ihre Werke in den Bauten des Deutschen Bundestages – Fotografien von Jens Liebchen.** Eine Fotoausstellung im Kunst-Raum des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses vom 14. 7. bis zum 3. 9. 2006. Der Besuch des Kunst-Raums ist von der Spreepromenade aus ohne Formalitäten möglich, der Eintritt ist kostenlos. Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr.

Politik heißt Detailarbeit.  
Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten  
ungewöhnliche Spezialgebiete.  
Hier werden sie vorgestellt.

# EXPERTEN

## Warum befassen Sie sich mit Schulbüchern, Frau Griefahn?

Um die von uns gewünschte und erkämpfte Buchpreisbindung zu stärken. Aber der Reihe nach: Nachdem die Europäische Kommission 2001 die geltende Buchpreisbindung in Frage stellte, verabschiedete der Deutsche Bundestag 2002 das Buchpreisbindungsgesetz, durch das vor allem Buchläden im ländlichen Raum, aber auch kleine Verlage unterstützt werden. Ich habe mich von Beginn an für die Buchpreisbindung stark gemacht und finde es sehr gut,

dass wir in Deutschland dieses Gesetz haben. Es stützt und fördert das Kulturgut Buch.

In diesem Gesetz enthalten ist auch eine Regelung für Sammelbestellungen von Schulbüchern, für die – geradezu als Ausnahme – ein Rabatt festgelegt wurde. Die Gewährung dieses Sammelrabatts ist davon abhängig, dass Sammelbestellungen von Schulbüchern überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert werden. Nun gibt es aber inzwischen einige

Länder wie Bayern, Niedersachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und die Hansestadt Hamburg, in denen sich die Erziehungsberechtigten beziehungsweise volljährige Schüler an der Schulbuchfinanzierung beteiligen müssen. Andere Länder planen eine solche Regelung. Nach dem bis vor kurzem geltenden Buchpreisbindungsgesetz entfiel der genehmigte Sammelrabatt zwischen acht und 15 Prozent, wenn diese Beteiligung mehr als 50 Prozent der Schulbuchkosten beträgt. Das heißt, es stünden insgesamt weniger Mittel für Schulbuchkäufe zur Verfügung.

Aus diesem Grund initiierte der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes. Dieser sieht vor, den Sammelrabatt für Schulbuchbestellungen von dem geltenden Erfordernis abzukoppeln, dass die Finanzierung überwiegend durch die öffentliche Hand zu erfolgen hat. Meine Fraktion hat diesen Gesetzentwurf unterstützt und inzwischen ist er auch beschlossene Sache. Damit wurde die Ausnahmeregelung angepasst und die uns sehr am Herzen liegende Buchpreisbindung insgesamt gestärkt. Hinzu kommt, dass die gewährten Schulbuchrabatte natürlich Schülerinnen und Schülern und deren Eltern zugute kommen. Mir wären zwar kostenfreie Schulbücher lieber, aber darüber entscheiden die Länder.

Foto: studio kohlmeier

**Monika Griefahn, Jahrgang 1954, Diplom-Soziologin und SPD-Abgeordnete, ist kultur- und medienpolitische Sprecherin und Berichterstatterin ihrer Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien.**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:** Stefan Thomas  
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:** Horst Willi Schors, Klemens Vogel  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-220,  
Fax: (030) 650 00-191  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

**Koordination:** Michael Reinold  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68,  
Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Hans-Dieter Großjohann,  
Daniel Kirschner

**Online-Produktion:** Christian Teubner

**Produktion:** Thomas Ahlrichs, Manja Schreiber

**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb:**

Petra Grampe  
Fax: (030) 650 00-191  
E-Mail: p.grampe@media-consulta.com

**Druck:** Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,  
Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:** 23. Juni 2006

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet:  
[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

Argus: S. 27; Deutscher Bundestag: S. 3, 12 (oben), 25, 26 (unten), 28 (unten), 29 (unten), 34; Deutscher Bundestag/Jens Liebchen: S. 35; Karl-Heinz Döring (Grafik): S. 6; Marc Mendelson (Grafiken): S. 13, 26, 28, 29; Photothek: S. 30-32; Picture-Alliance: S. 2, 4 (klein), 7, 8 (oben, viertes von oben), 10, 24, 33; studio kohlmeier: Titel, S. 1 (oben), 5, 8 (zweites von oben), 9, 11, 12 (unten), 14-23, 36; Rainer Unkel: S. 8 (drittes von oben);

**Anschrift für die Post unserer Leser:**

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-191  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2006  
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

## Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Blickpunkt-Abo  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per  Rechnung  Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift



# Journalist Award 2006

# Vielfalt!

**>> EU-Journalistenpreis  
„Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.“**

**FÜR ALLE PRINT- UND ONLINEJOURNALISTEN  
NEU: SONDERPREIS FÜR JUNGE JOURNALISTEN**

**EINSENDESCHLUSS: 31. Dezember 2006**

**Weitere Informationen sowie Anmeldeformular  
unter [www.stop-discrimination.info](http://www.stop-discrimination.info)**



Eine Initiative der Europäischen Union

Für Vielfalt



Gegen Diskriminierung

[www.stop-discrimination.info](http://www.stop-discrimination.info)